

Protokoll Einwohnerrat Wohlen

15. Sitzung vom 11. Dezember 2023 von 18:00 bis 23:58 Uhr im Casino Wohlen

Vorsitz	Cyrille Meier, Präsident
Protokollführung	Michelle Hunziker, Gemeindeschreiber-Stv.
Präsenz	Einwohnerrat 18.00 – 18.14 Uhr Mitglieder des Einwohnerrats: 36 Absolutes Mehr: 19 Zweidrittelsmehr: 24 Einwohnerrat 18.15 – 18.42 Uhr Mitglieder des Einwohnerrats: 37 Absolutes Mehr: 19 Zweidrittelsmehr: 25 Einwohnerrat 18.43 – 23.58 Uhr Mitglieder des Einwohnerrats: 38 Absolutes Mehr: 20 Zweidrittelsmehr: 26 Gemeinderat Arsène Perroud, Gemeindeammann Thomas Burkard, Vizeammann Roland Vogt, Gemeinderat Ariane Gregor, Gemeinderätin Denise Strasser, Gemeinderätin Weitere Anwesende Christoph Weibel, Gemeindeschreiber Jessica Wüest, Kanzlei Marcel Christen, Bereichsleiter Sicherheit Marco Veil, Chef Regionalpolizei Matthias Schatzmann, Chef-Stv. Regionalpolizei Flurin Burkard, Bereichsleiter Gesellschaft, Soziales und Bildung Susanne Breitschmid, Abteilungsleiterin Soziale Dienste Dominic Bieri, Abteilungsleiter Schulsozialarbeit

Thomas Laube, Bereichsleiter Finanzen und Ressourcen
Roland Frick, Abteilungsleiter Finanzen
Paul Bitschnau, Präsidium SLK
Franziska Walti, Präsidium SLK
Markus Beeler, Mitglied SLK, Fachbereich Finanzen
Andreas Jauch, Abteilungsleiter Liegenschaften und Anlagen
René Aletz, Teamleiter Facility Management
Pascal Wagner, Abteilungsleiter Informatik
Marco Häni, Leiter Einwohnerdienste
Laura Meyer, HR Stabsdienste

Entschuldigungen

Corinne Manimanakis, SP, **anwesend ab 18.14 Uhr**
Jonathan Nicoll, SVP, **anwesend ab 18.43 Uhr**
Mika Heinsalo, Dorfteil Anglikon
Daniel Scherrer, FDP

TRAKTANDEN

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Dringliche Motion 15093 betreffend Erhöhung der Transparenz für geplante Beiträge an den Sportpark Bünzmatt
3. Wahlen für den 2. Teil der Amtsperiode 2022/2025
 1. Präsident/in des Einwohnerrates
 2. Vizepräsident/in des Einwohnerrates
 3. 2 Stimmenzähler/innen
 4. Präsident/in der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission
4. Budget 2024 der Einwohnergemeinde Wohlen AG – 2. Vorlage (15083)

Meier Cyrille, Präsident:

Eingänge

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 7. November 2023 zu verzeichnen:

- Anfrage 15091 betreffend Herausgabe von Adressen
- Motion 15092 betreffend Nachprüfung der kantonalen Verkehrszählung und Ermittlung des Anteils des Durchgangsverkehrs auf dem Gebiet der Gemeinde Wohlen

Es liegt auf:

- Dringliche Motion 15093 betreffend Erhöhung der Transparenz für geplante Beiträge an den Sportpark Bünzmatt

Dringliche Motion 15093 betreffend Erhöhung der Transparenz für geplante Beiträge an den Sportpark Bünz matt

Dietrich Stefanie, Die Mitte: Vor einer Woche durften wir Nadja Koch, Verwaltungsratsmitglied der Sportpark Bünz matt AG, an unserer Fraktionssitzung als Gast begrüßen. Sie hat uns Zahlen, die Herausforderung sowie die geplanten Massnahmen präsentiert. Wir haben erfahren, dass der damals erstellte Businessplan und die heutige Realität weit voneinander abweichen. Es braucht deshalb dringend eine Anpassung der Leistungsvereinbarung zwischen dem Sportpark und der Gemeinde Wohlen. Es ist wieder fünf Minuten vor 12 Uhr und es muss zwingend im Jahr 2024, und am besten noch vor der nächsten Budgetdebatte, abgeschlossen sein. Es müssen die alten Fehler beseitigt werden und für die Zukunft neue Ziele festgelegt werden. Eine gute Zusammenarbeit und das Vertrauen sollen wieder gestärkt werden. Wir sind überzeugt, dass dies eine Win-Win-Situation geben kann. Wir bitten Sie der Dringlichkeit zuzustimmen damit wir so bald wie möglich einen Bericht und Antrag vom Gemeinderat erhalten und das Thema endlich in die richtige Richtung gelenkt werden kann. Wir danken für die Zustimmung.

Vogt Roland, Gemeinderat: Der Gemeinderat bittet Sie der Dringlichkeit nicht zuzustimmen. Für den Motionstext hegen wir durchaus eine gewisse Sympathie, sehen jedoch in der Antragsstellung gewisse Fehler und Differenzen, welche wir nicht zum Ziel haben können. Ich möchte betonen, dass wir die FGPK immer über Details der Sportpark Bünz matt AG in Kenntnis gesetzt haben und somit bisher sehr wohl ein transparentes Vorgehen hatten. Wir sind der Meinung, dass die Dringlichkeit für das Anliegen nicht gegeben ist.

Einzelvoten

Donat Ruedi, Die Mitte: Es ist wirklich fünf Minuten vor 12 Uhr. Das eingeschossene Eigenkapital von CHF 3 Mio. hat sich in der Zeit halbiert und in den letzten Jahren wurde immer Geld nachgeschossen. Die Defizite wurden ausgeglichen und das Eigenkapital hat dennoch immer weiter abgenommen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass wir jetzt darüber sprechen können und der Gemeinderat den Bericht und Antrag innert nützlicher Frist erstellt. Es geht auch darum, dass dem Sportpark Bünz matt AG mit dem Businessplan ein bestimmter Betrag zugesprochen wird. Es handelt sich dabei um eine jährlich wiederkehrenden Betrag. Im Normalfall sprechen wir von einem Betrag von jährlich CHF 500'000. Jährliche wiederkehrende Kosten müssen, gemäss Gemeindeordnung, im Einwohnerrat beantragt und diskutiert werden. So kann man auch über die Leistungsvereinbarung sprechen. Ich bitte Sie der Dringlichkeit zuzustimmen, sodass diese Thematik schnell angegangen und die Leistungsvereinbarung angepasst werden kann.

Sax Simon, FGPK: Ich möchte gerne zwei Punkte an den Einwohnerrat richten. Erstens ist es korrekt, dass die FGPK im Zusammenhang mit der Budgetarbeit 2024 detaillierte Unterlagen erhalten hat. Somit liegen uns die neusten Berechnungen zur neuen Leistungsvereinbarung vor. Diese Dokumente wurden uns vorgelegt und wir haben diese so zur Kenntnis genommen. Sie haben zu keinen grossen Diskussionen geführt. Korrigierend zur Aussage von Ruedi Donat möchte ich erwähnen, dass die Gemeinde keine Defizite der Sportpark Bünz matt AG ausgeglichen hat, sondern die letzte getätigte Zahlung bezog sich auf die Corona-Ausfälle. Die Gemeinde tätigte damals entsprechende Nachzahlungen. Eine Defizitgarantie hat somit nicht stattgefunden. Meine persönliche Meinung zur Dringlichkeit. Wir stehen gerade vor der Budgetdebatte 2024 und selbst bei einer ganz grossen Dringlichkeit wird es kaum möglich sein, diesen Vorstoss heute Abend noch zu behandeln. Das werden wir auch bei ganz schneller Arbeit nicht schaffen. Aus diesem Grund bin ich der Meinung, dass man vorliegend auf die Dringlichkeit verzichten kann und die Leistungsvereinbarungen im Laufe des Jahres 2024 – sollte dies vom Einwohnerrat gewünscht werden – anschauen kann. Für die Beiträge im Budget 2024 reicht jedoch auch die höchste Dringlichkeit nicht aus.

Abstimmung über Dringlichkeit

Die Dringlichkeit wird mit 12 Ja-Stimmen zu 24 Nein-Stimmen abgelehnt.

Wahl des Präsidenten/der Präsidentin des Einwohnerrates

Christen Peter, SVP: Marc Läufer dürfte in diesem Rat bestens bekannt sein. Ich kenne ihn seit meiner Zeit in der Bezirksschule – ich bin mit ihm gross geworden. Er lebte – wie ich – die meiste Zeit in Wohlen. Er machte einmal einen kleinen Abstecher nach Villmergen, hat dann aber relativ schnell festgestellt, dass es in Wohlen einfach schöner ist. Ich empfehle Ihnen als neuen Präsidenten des Einwohnerrates Marc Läufer. Er hat jetzt des Amt als Vizepräsident bekleidet und ist ein gestandener Wohler, welcher etwas repräsentiert. Ich komme auf die Vorschusslorbeeren des Wohler Anzeigers zurück, welcher geschrieben hat: «*Der macht seine Sache sicher gut.*» Dieser Meinung sind wir auch. Marc Läufer ist ein Familienvater und hat zwei erwachsene Söhne. Er absolvierte als junger Mann eine Banklehre, wurde dann Verlagsleiter einer Zeitung. Anschliessend ging er zum Oel-Pool nach Aarau – ein sehr erfolgreiches Geschäft. Dort kümmerte er sich um das gesamte Immobilienmanagement. Danach ging er zurück zum Bankwesen und arbeitet immer noch in dieser Sparte weiter. Ich bitte Sie diese Wahl zu unterstützen und freue mich auf die Wahl.

Wahlprotokoll

für die Wahl des Präsidenten des Einwohnerrates

Zahl der Anwesenden			37
Eingelegte Wahlzettel			37
abzüglich	ganz leere	1	
	ungültige	0	-1

In Betracht fallende Wahlzettel	36
Anzahl der zu Wählenden	1
In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden = total der möglichen Stimmen	36
Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen	-
Gesamtzahl der gültigen Stimmen	36
Absolutes Mehr: Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden : 2	19

gewählt

Stimmen haben erhalten:	Stimmen
Marc Läufer	32
Ruedi Donat	1
Dieter Stäger	1
Simon Sax	1
Sonja Isler	1

Läufer Marc, SVP: Ich danke Ihnen für meine Wahl zum Einwohnerratspräsidenten 2024/2025. Ich versichere Ihnen, mich als zukünftiger Einwohnerratspräsident zum Wohl von Wohlen und seiner Einwohner einzusetzen. Ich erkläre mit dem nötigen Respekt vor diesem Amt die Annahme meiner Wahl zum Einwohnerratspräsidenten und danke Ihnen für das Vertrauen.

Obwohl ich erst ab 1. Januar 2024 in diesem Amt tätig, erlaube ich mir bereits auf folgenden Umstand hinzuweisen. Die Sitzung vom 22. Januar 2024 fällt voraussichtlich aus. Einerseits liegen keine beschlussfähigen Sachgeschäfte zur Behandlung vor, andererseits bin ich der Meinung, dass aufgrund der angespannten Finanzlage von Wohlen eine Sitzung mit wenigen Antworten auf Anfragen und anschliessendem Wahlfeier nicht angebracht ist. Wir sehen uns somit am 11. März 2024 – und zwar bereits um 18.00 Uhr – sodass wir anschliessend den von mir offerierten Apéro im Casino geniessen können. Ich freue mich auf das Amt und schätze Ihr Vertrauen sehr.

Wahl des Vizepräsidenten/der Vizepräsidentin des Einwohnerrates

Dietrich Stefanie, Die Mitte: Die Mitte Wohlen empfiehlt Ruedi Donat als Vizepräsidenten des Einwohnerrates. Ruedi Donat ist ein leidenschaftlicher Fasnächtler und Tänzer, ein Jass-König und er bewegt sich gerne in der Natur. Schon von Berufs wegen – als Biobauer – ist er viel draussen und ich bin sicher, dass ihm seine guten politischen Ideen oftmals an der frischen Luft in den Sinn kommen. Er ist schon sehr lange in der Politik tätig. Im Jahr 1986 war er zum ersten Mal Mitglied des Einwohnerrates. Mit einigen Unterbrüchen ist er insgesamt 14 Jahre Mitglied des Parlaments und politisiert mit sehr viel Herzblut und setzt sich zum Wohl der Bevölkerung ein. Nicht nur in der Legislative, sondern auch in der Exekutive war er mit vollen Einsatz dabei. Im Zeitraum von 2010 bis 2017 hatte er die Ressorts Umwelt, Energie, Kultur und Ortsbürger im Gemeinderat unter sich. In diesen sieben Jahren leitete er auch die Ortsbürgergemeindeversammlungen super. Mit dieser Erfahrung weiss er auch wie das Ratsbüro funktioniert und wir sind davon überzeugt, dass er die Einwohnerratssitzungen irgendwann einmal auch speditiv, seriös und mit der nötigen Gelassenheit leiten können wird. Er wird sich ins Ratsbüro gut einbringen können und das Parlament dort gut vertreten. Wir schlagen Ruedi Donat als Vizeeinwohnerratspräsident für den 2. Teil der Legislatur vor und danken Ihnen für Ihre Unterstützung.

Sax Simon, GLP/EVP: Wir schlagen Julia Frischknecht zur Wahl als Vizepräsidenten für die nächsten zwei Jahre vor. Julia Frischknecht ist bereits seit zehn Jahren Mitglied des Einwohnerrates. Dies würde man bei ihrem jugendlichen Aussehen vielleicht nicht unbedingt erwarten, aber anno dazumal war sie – meines Wissens – die jüngste Einwohnerrätin, welche gewählt worden ist. Seit damals ist sie sehr engagiert dabei. Sie war in der Kommission für Gesellschaftsfragen seit der Gründung vertreten und gab vor zwei Jahren ihren Rücktritt bekannt. Seitdem amtet sie als Stimmzählerin und Mitglied des Ratsbüros. Sie übt ihr Amt sehr gewissenhaft und korrekt aus. Ich glaube, wir haben selten schon so schnell die Resultate vorliegen gehabt, wie jetzt mit Julia Frischknecht. Als Mitglied des Ratsbüros ist ihr die Tätigkeit bestens bekannt und arbeitet dort entsprechend engagiert mit.

Privat ist sie im Vorstand des Vereins für Kultur und hat dort noch das eine oder andere Amt in Aussicht. Julia Frischknecht besuchte die Bezirksschule in Wohlen und anschliessend die Kantonsschule. An der Hochschule für Künste in Bern studierte sie anschliessend Klassischen Gesang. Dies hat sie im Jahr 2018 mit dem Bachelor abgeschlossen. Zudem hat sie seitdem bereits zwei Master-Ausbildungen absolviert. Im Jahr 2020 Master in Performance und den Master mit Schwerpunkt Solistin im Jahr 2023. Sie hat alles mit Auszeichnung abgeschlossen – was wir an dieser Stelle gerne erwähnen möchten. Derzeit arbeitet sie als freischaffenden Sängerin. Hierbei befindet sie sich im Aufbau, dies geht nicht vom einen Tag auf den anderen. Man muss sich erst einen Namen erarbeiten. Sie ist weiter als Gesangslehrerin an der Musikschule im Reusstal und im Schenkenbergertal tätig. Weiter leitet sie den Männerchor Beinwil-Freiamt sowie den Kinderchor in Fischbach-Göslikon. Wie Sie sehen, handelt es sich bei Julia Frischknecht um eine sehr engagierte Mitbürgerin. Ich persönlich bin der Meinung, dass sie Wohlen als Vizepräsidentin und anschliessend als Präsidentin gut tut, weil sie einerseits eine weibliche Bevölkerungsschicht vertreten kann und andererseits auch eine junge Bevölkerungsschicht. Ich möchte Ihnen ans Herz legen, Ihre Stimme für Julia Frischknecht abzugeben. Sie scheint manchmal sehr quirlig und lebendig zu sein. Wenn Sie allerdings mit dem Männerchor sprechen würden, dann würde ganz klar zum Vorschein kommen, dass sie sehr wohl in der Lage ist, den Takt klar anzugeben. Ansonsten würde das Ganze nämlich gar nicht funktionieren. Unsere Fraktion schlägt Ihnen Julia Frischknecht zur Wahl als Vizepräsidentin des Einwohnerrates vor.

Ich möchte an dieser Stelle noch auf den Anspruch Der Mitte eingehen. Die Fraktion GLP/EVP haben natürlich vernommen, dass jemand zur Verfügung gestellt wird. Für uns ist dies etwas speziell. Einerseits wissen Sie alle, dass Meinrad Meyer vor ziemlich genau zwei Jahren sein Amt als Präsident niedergelegt hat. Das heisst, es ist noch nicht lange her, seit jemand von Der Mitte das Präsidium geführt hat. Wir sind der Meinung, dass die Zeit noch nicht reif für ein erneutes Mitte-Präsidium ist. Wenn man davon ausgehen würde, dass jeder dritte Präsident von Der Mitte wäre, dann müsste diese Fraktion fast doppelt so gross sein, damit es rechnerisch in etwa aufgehen würde. Wir sind der Meinung, dass eine Kandidatur im Moment einfach zu früh ist. Andererseits gibt es für das Präsidium des FGPK-Präsidenten mit dem jetzigen Vizepräsidenten Daniel Heinrich einen unbestrittenen Kandidaten. Wir gehen davon aus, dass er für dieses Amt vorgeschlagen und gewählt werden wird. Meine Unterstützung erfährt er. Aber gleich zwei Wahlen für Die Mitte mit dem Vizepräsidium des Einwohnerrates und des Präsidiums der FGPK erachten wir als zu viel.

Büchi Roland, SVP: Welche Voraussetzungen braucht es, um das Amt des Einwohnerratsvizepräsidentes oder Einwohnerratspräsidenten auszuführen? Das Amt wird nicht aus Mitleid oder als krönender Abschluss einer Politkarriere vergeben. Auch die Tatsache, dass bald Weihnachten ist, hat nichts mit dieser Wahl zu tun. Nein, dieses Amt muss man sich verdienen. Das Amt wird an eine gestandene Persönlichkeit vergeben. An jemanden der sich für die Gemeinde eingesetzt hat. Der politische Leistungsausweis ist hier massgebend. Als Einwohnerrat, ehemaliger Gemeinderat, Grossrat und jetzt wieder als Einwohnerrat erfüllt Ruedi Donat von Der Mitte alle diese Voraussetzungen. Aus diesem Grund wird die SVP Ruedi Donat einstimmig als Einwohnerratsvizepräsident wählen.

Pascolin Laura, SP: Die begehrten Ämter wie das Einwohnerratspräsidium, das Vizepräsidium und das FGPK-Präsidium sollten politisch ausgewogen besetzt sein. Eine einseitige Machtkonzentration seitens Der Mitte und der SVP sind nicht zeitgemäss. Zusammen verfügen diese Parteien über insgesamt 18 Sitze und haben somit keine Mehrheit im Parlament. Wenn heute Ruedi Donat von der Mitte gewählt wird, wird die FDP gemäss Turnus höchstwahrscheinlich erst wieder für die Legislatur im Jahr 2039-2040 infrage kommen. Ja, die FDP hat zwar eine Stimmfreigabe gegeben, aber somit fördert sie, was das Einwohnerratspräsidium angeht, ihren eigenen Untergang. Die Mitte hingegen positioniert sich ständig in der Poleposition, ob sie sieben Sitze oder acht Sitze hat – also ob sie in der Minderheit oder Mehrheit ist. Der Chefstrategie – Harry Lütolf – ist halt ein schlauer Fuchs. Das haben wohl die Verbündeten nicht gemerkt. Es ist frustrierend zu beobachten, dass wenn eine Frau für das Präsidium zur Wahl steht, die grossen Wahlversprechen der Gleichstellung nicht mehr relevant sind. Vor den Wahlen zeigen sich die Parteien als progressive Frauenförderer in der Politik. Jedoch scheitert es immer wieder bei der Umsetzung. Die heutige Kampfwahl ist ein Paradebeispiel dafür.

Julia Frischknecht – als junge und dynamische Frau – bringt die nötigen Kompetenzen für das Amt mit. Sie repräsentiert eine junge Generation, welche im Einwohnerrat ja nicht gerade übervertreten ist. Der Perspektivenwechsel würde uns allen guttun. Seit der Einwohnerrat im Jahr 1966 eingeführt wurde, waren es erst mal drei oder vier Frauen, welche das Amt des Einwohnerratspräsidium innehatten. Klar bis 1971 durften wir Frauen weder wählen noch abstimmen. Leider wird eine Mehrheit in diesem Parlament traditionsgemäss alt, verstaubt und Mann wählen. Gemeint ist dies im Kontext zum Wahlverhalten und nicht spezifisch auf Ruedi Donat bezogen. Und was sehr bedenklich ist, dass sich einige Einwohnerrätinnen in diesem Parlament auch nicht von diesem Verhaltensmuster lösen können oder wollen. Progressiv ist anders – Progressiv, ist wenn Sie Julia Frischknecht wählen.

Matter Schlein Franziska, Grüne: Wie Simon Sax bereits erwähnt hat, handelt es sich bei Julia Frischknecht um eine junge und frische Frau, welche Wohlen guttut. Sie hat es verdient, denn sie ist eine intelligente, verantwortungsbewusste und sympathische Frau. Wir sind überzeugt, dass Julia Frischknecht das Amt mit Bravour meistern wird – falls sie gewählt wird.

Lütolf Harry, Die Mitte: Ich wurde vorhin als schlauer Fuchs tituliert. Ein schlauer Fuchs hat jedoch auch etwas Diebisches an sich. Ein schlauer Fuchs mauschelt vielleicht etwas, es ist nicht ganz kosher, was er so macht. Aber so ist es natürlich nicht. Wir haben im Hintergrund keinen Generalstabsplan organisiert, um uns vordrängen zu können. In den vom Einwohnerrat zu besetzenden Ämtern müssen die Parteistärken entscheidend abgebildet werden. Jahrzehnte lang haben sich in diesem Einwohnerrat die grössten beiden Fraktionen mit dem Präsidium immer abgewechselt. Das war damals meine Partei, die CVP (heute Die Mitte), und früher die FDP. Sie kennen die Kräfteverhältnisse in diesem Parlament. Wir sind mit deutlichem Abstand die zweitgrösste Fraktion nach der SVP. Und jetzt, was geschieht, wenn uns dies nicht zugestanden wird? Ich möchte jetzt nicht despektierlich vom Vizepräsidium sprechen, aber wenn wir ehrlich sind, gibt dieses Amt politisch nicht sehr viel her. Derjenige, welcher entscheidend Einfluss nehmen kann, ist der Präsident oder die Präsidentin des Einwohnerrates. Diese Person bestimmt die Traktandenliste und der Vizepräsident hat einige andere Aufgaben. Wenn man dies nun aber Der Mitte nicht zugesteht, dann haben wir spätestens in zwei Jahren nichts mehr. Denn das Amt als Präsident der FGPK muss unser Kandidat – sollte er gewählt werden – ja dann, ab dem dritten Jahr her gerechnet, wieder abgeben. Unter diesem Wert können und wollen wir uns nicht verkaufen. Wir wollen in drei Jahren wieder ein entscheidendes Amt in diesem Parlament innehaben und das wäre dann der Einwohnerratspräsident. Wir verfügen dann nicht mehr über ein Präsidium in der FGPK und so möchten wir uns nicht abspesen lassen. Wir wollen Einfluss nehmen können. Das ist legitim, dass eine starke Partei in diesem Parlament dies entsprechend der Kräfteverhältnisse machen darf.

Meier Cyrille, Präsident: Für die Auszählung dieser Wahl steht die aktuelle Stimmzählerin Julia Frischknecht, aufgrund ihrer Kandidatur, nicht zur Verfügung. Ich stelle somit den Antrag Marc Läufer als Ersatzstimmzähler offen zu wählen.

Abstimmung

Marc Läufer wird als Ersatzstimmzähler mit 36 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung gewählt.

Wahlprotokoll

für die Wahl des Vizepräsidenten des Einwohnerrates

Zahl der Anwesenden				38
Eingelegte Wahlzettel				38
abzüglich	ganz leere	0		
	ungültige	0		0
In Betracht fallende Wahlzettel				0
Anzahl der zu Wählenden				1
In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden = total der möglichen Stimmen				38
Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen				-
Gesamtzahl der gültigen Stimmen				38
Absolutes Mehr: Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden : 2				19
				gewählt <input checked="" type="checkbox"/>

Stimmen haben erhalten:	Stimmen
Julia Frischknecht	20
Ruedi Donat	18

Frisknecht Julia, GLP: Vielen Dank für das Vertrauen und den kurzen, aber spannenden Wahlkampf. Mir persönlich hat die «Action» des Wahlkampfes schon gefallen. Ich nehme die Wahl sehr gerne an und freue mich auf die kommenden Jahre.

Wahl von 2 Stimmenzähler/innen

Dietrich Stefanie, Die Mitte: Wir empfehlen Ruedi Donat als Stimmenzähler. Wie bereits vorhin ausgeführt, ist Ruedi Donat bereits seit den 80er Jahren zum ersten Mal im Einwohnerrat gewesen. Er durfte das Amt als Stimmenzähler bereits damals einmal ausüben. Er stellt sich nun – nach rund 35 Jahren – erneut zur Verfügung und möchte für die nächsten zwei Jahre das Amt als Stimmenzähler übernehmen.

Stäger Dieter, FDP: Im Namen der Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon schlagen wir Ihnen den erfahrenen und sehr kompetenten Samuel Keller für weitere zwei Jahre vor. Sie kennen ihn bestens. Er ist ein sehr engagierter Einwohnerrat und kennt seinen Job als Stimmenzähler bestens. Ich glaube, dass wir mit ihm einen sehr guten Mann im Ratsbüro haben.

Wahlprotokoll

für die Wahl von 2 Stimmenzähler/innen

Zahl der Anwesenden				38
Eingelegte Wahlzettel				38
abzüglich	ganz leere	0		
	ungültige	0		0

In Betracht fallende Wahlzettel				38
Anzahl der zu Wählenden				2
In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden = total der möglichen Stimmen				76
Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen				-2
Gesamtzahl der gültigen Stimmen				74
Absolutes Mehr: Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden : 2				19
				gewählt <input checked="" type="checkbox"/>

Stimmen haben erhalten:	Stimmen	
Samuel Keller	36	<input checked="" type="checkbox"/>
Ruedi Donat	33	<input checked="" type="checkbox"/>
Laura Pascolin	3	<input type="checkbox"/>
Max Hüsser	1	<input type="checkbox"/>
Michelle Gregor	1	<input type="checkbox"/>

Keller Samuel, FDP: Ich nehme die Wahl an. Vielen Dank für Ihr Vertrauen.

Donat Ruedi, Die Mitte: nimmt die Wahl an.

Wahl des Präsidenten/der Präsidentin der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission

Dietrich Stefanie, Die Mitte: Als FGPK-Präsident schlagen wir Daniel Heinrich zur Wahl vor. Daniel Heinrich ist seit dem Jahr 2018 Mitglied im Einwohnerrat und auch seit diesem Zeitpunkt Mitglied der FGPK. In diesen sechs Jahren hat er sich eingesetzt, recherchiert und auch viele Fragen gestellt. Er nimmt den Auftrag als Einwohnerrat und auch als Mitglied der FGPK sehr ernst und schaut kritisch hin. Die letzten zwei Jahre hat er dem jetzigen Präsident, Simon Sax, über die Schultern geschaut und sie haben auch zusammen bereits einiges bewirken können. Daniel Heinrich ist sehr gut gewappnet die FGPK die kommenden zwei Jahre zu präsidieren und wir sind überzeugt, dass er das souverän, mit viel Freude an der Politik und mit einer klaren Linie meistern wird. Wir danken für Ihre Unterstützung.

Wahlprotokoll

für die Wahl des Präsidenten der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission

Zahl der Anwesenden				38
Eingelegte Wahlzettel				38
abzüglich	ganz leere	1		
	ungültige	0		
In Betracht fallende Wahlzettel				37
Anzahl der zu Wählenden				1
In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden = total der möglichen Stimmen				37
Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen				0
Gesamtzahl der gültigen Stimmen				37
Absolutes Mehr: Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden : 2				19
				gewählt <input checked="" type="checkbox"/>

Stimmen haben erhalten:	Stimmen	
Daniel Heinrich	37	<input checked="" type="checkbox"/>

Heinrich Daniel, Die Mitte: Vielen Dank für Ihr Vertrauen. Es freut mich, dass ich so klar Ihre Stimmen erhalten habe. Ich nehme die Wahl sehr gerne an und werde mein Bestes nach bestem Wissen und Gewissen geben. Ich hoffe fest, dass wir alle im Einwohnerrat Lösungen erarbeiten und so zusammen weiterkommen können.

Verabschiedung

Meier Cyrille, Präsident: Es liegt das Rücktrittsschreiben eines ehemaligen Einwohnerratspräsident vor.

Verliest das Rücktrittsschreiben von Meinrad Meyer, Die Mitte.

Lieber Meinrad, du warst 13 Jahre Mitglied des Einwohnerrates und schlussendlich auch von 2018/2019 Vizepräsident und von 2020/2021 Präsident des Einwohnerrates. Du warst auch Mitglied der GPK von 2014 bis 2017 und hast diese Kommission in den Jahren 2016 bis 2017 präsidiert. Zudem warst du in der Liegenschaftskommission im Zeitraum von 2010 bis 2013 sowie in der Raum-, Bau- und Verkehrskommission im Jahr 2013. Deine politische Karriere auf kommunaler Ebene endet heute Abend. Du hast viel Zeit in die Wohler Politik investiert. An dieser Stelle möchte ich dir persönlich ein grosses Dankeschön sagen. Du warst eine Persönlichkeit mit einer eigenen Meinung. Du warst auch nicht immer gleich mit der Fraktionsmeinung. Aber so soll es in der Politik sein. Jetzt kannst du deinen politischen Ruhestand geniessen und Zeit mit deinen Enkelkinder verbringen oder interessante Reisen mit deiner Frau unternehmen.

Sax Simon, Präsident FGPK: Zuerst allen Beteiligten ein herzliches Dankeschön für die Ausarbeitung der 2. Vorlage zum Budget 2024. Nach der Rückweisung von Mitte Oktober durch den Einwohnerrat wurde die überarbeitete Vorlage fristgerecht erstellt. Gegenüber der 1. Vorlage wurde die Erfolgsrechnung um CHF 822'000 verbessert und sie weist in der 2. Vorlage nun einen Verlust von CHF 819'000 aus. Dies gegenüber der 1. Vorlage bei einem unveränderten Steuerfuss von 120%. Die grössten Änderungen betreffen die Verschiebung von Hardware-Ersatz und eine Verschiebung von Anschaffung von Schulmobiliar. Beide Positionen – wie viele andere kleinere Positionen auch – sind reine Verschiebungen, sie holen uns also zu einem späteren Zeitpunkt wieder ein und sind per se keine Einsparungen. Ebenfalls konnten viele weitere Positionen genauer berechnet werden. Kurz zur Erklärung: Die 1. Vorlage des Budgets 2024 entspricht dem Wissensstand von vor den Sommerferien. Mit der 2. Vorlage des Budgets 2024 konnten nun die neusten Erkenntnisse und Entwicklungen berücksichtigt werden.

Was ist nun das Fazit der FGPK zur 2. Budgetvorlage 2024? Ein Grossteil der Änderungen sind Verschiebungen oder aktualisierte Berechnungen. Der Gemeinderat hat zusammen mit der Verwaltung nur kleine wirkliche Einsparpotentiale entdeckt. So zum Beispiel die ausschliessliche Nutzung von digitalen Kanälen anstelle von ergänzendem Druck oder Drucksachen.

Auch mit der 2. Budgetvorlage ändert sich nichts an der bisherigen Einschätzung der FGPK: Die finanzielle Situation von Wohlen ist mehr als ungenügend. Das Ergebnis 2024, ob jetzt mit einem Verlust von CHF 1,6 Mio. gemäss 1. Vorlage oder mit einem aktuellen Verlust von CHF 0,8 Mio. – notabene bei einem um 7% auf 120% erhöhten Steuerfuss – ist schlicht und ergreifend sehr schlecht. Das Grundproblem ortet die FGPK auf der Einnahmenseite, ein strukturelles Problem ist offensichtlich.

Wüsste die FGPK, dass es sich bei diesem schlechten Ergebnis um eine einmalige Sache im Jahr 2024 handelt, wäre alles halb so wild. Tatsache ist aber, dass ausnahmslos alle Parameter auf eine weitere Verschlechterung in Zukunft hinweisen. So steigen die Schuldzinsen, vermutlich bedingt durch höhere Zinssätze aber sicher bedingt durch höhere Schulden, die Abschreibungen werden steigen (Stichwort Inbetriebnahme neues Haldenschulhaus), es ist mit weiteren Kostenzunahmen bei den gebundenen Ausgaben, wie den Restkosten der Pflegefinanzierung zu rechnen etc. Diese Liste kann fast beliebig verlängert werden. Deshalb ist auch das mittelfristige Haushaltgleichgewicht ab 2025 oder spätestens ab 2026 nicht mehr gegeben. Diese Tatsache wird sicher auch der Kanton im Auge behalten.

Wie geht es nun mit dem Budget 2024 weiter? Die FGPK ist sich einig, dass eine erneute Rückweisung keine neuen Erkenntnisse bringen würde und somit keine Option darstellt. Das Budget ist also an der heutigen Einwohnerratssitzung detailliert zu behandeln. Die FGPK sieht als Ziel der heutigen Sitzung ganz klar eine möglichst geschlossene Budgetgenehmigung aller Parteien, denn die FGPK ist überzeugt, dass nur so eine Zustimmung vom Stimmvolk möglich ist. In der FGPK haben wir schon mal versucht, einen Konsens zum Steuerfuss zu finden. Dies ist uns leider nur bedingt gelungen – wir haben eine knappe Mehrheit bei 118% gefunden. Auch wenn die finanztechnische Sicht unbestritten ist, gingen die politischen Meinungen zum Steuerfuss nach wie vor auseinander. Soll der Steuerfuss nicht durch den Kanton festgelegt werden, ist also zu hoffen, dass der Einwohnerrat heute Abend zu einer möglichst einstimmigen Entscheidung kommt. In diesem Sinn ist die FGPK gespannt auf die Debatte heute Abend hier im Saal.

Strasser Denise, Gemeinderätin: Herzlichen Dank meinem Vorredner Simon Sax. Aufgrund von seinen Ausführungen kann ich mich relativ kurzhalten. Der Gemeinderat hat nach der Ablehnung des Budgets 2024 durch den Einwohnerrat nochmals eine sorgfältige Überprüfung vorgenommen. Verschiedene Positionen standen zur Diskussion und es wurden entsprechende Anpassungen vorgenommen. Die Erhöhung der Leistungsvereinbarung bei der Sportpark Bünzmatt AG ist beim Gemeinderat unbestritten. Mit weiteren Defiziten droht der gemeindeeigenen Aktiengesellschaft einen Kapitalverlust, welcher wiederum durch die Gemeinde ausgeglichen werden müsste. Ebenso ist noch eine Rückzahlung des Neubaus offen. Die Sportpark Bünzmatt AG erhält aber leider den Bankkredit nur, wenn die angepasste Leistungsvereinbarung zustande kommt.

Auch keine Änderung hat der Gemeinderat bei der Gehaltsanpassung des Personals vorgenommen. Der Fachkräftemangel ist auch der Gemeinde deutlich zu spüren – wir müssen unserem Personal Sorge tragen. Der Gemeinderat erachtet die eingestellte Erhöhung von 1.5% als moderat. Ebenfalls wurde auf Anpassungen bei bestehenden gesetzlichen Verpflichtungen, bei Vereinbarungen und laufenden Verträgen, welche für das Budget 2024 keine Wirksamkeit mehr aufweisen, verzichtet. Darunter fallen zum Beispiel die Vereinbarung mit dem Verein für Jugend und Freizeit oder Beiträge an familienergänzende Kinderbetreuung.

Sie alle haben die Liste mit den Veränderungen erhalten. Es handelt sich teilweise um marginale Anpassungen. Aus diesem Grund werde ich nur auf die grösseren Positionen eingehen. Aufgrund des Stellenwechsel bei der IT-Leitung wird die Anschaffung der Hardware für die Arbeitsplätze der Verwaltung um ein Jahr verschoben. Aufgrund der aktuellen Tendenz gibt es auf der Ertragsseite der Bussen der Regionalpolizei sowie bei den Gebühren für Amtshandlungen beim Betreibungsamt eine kleine Korrektur nach oben. Bei der Schule sind diverse Budgetpositionen gekürzt oder verschoben worden. Ein grosser Posten ist die 19. Kindergartenabteilung, welche neu erst auf das Schuljahr 2025/2026 benötigt wird. Ebenso wurde die Umsetzung des Projekts «Bike Trails» und der Unterhalt für die Flurwege verschoben. All diese Positionen ergeben eine Verbesserung von CHF 822'500. Wir können den Aufwandüberschuss von CHF 1,6 Mio. auf CHF 819'400 reduzieren. Bei der Investitionsrechnung wurde die Anschaffung des Reinigungsroboters der Streichung zum Opfer gefallen, was eine Einsparung von CHF 150'000 bedeutet. Damit beträgt die Nettoinvestitionssumme CHF 21,83 Mio.

Wir alle kennen die Situation der Gemeinde Wohlen. Die anstehenden Investitionen sowie die steigenden Ausgaben tragen weiterhin zu einer Verschlechterung der finanziellen Lage bei. Für die Entwicklung der Gemeinde ist die mittel- und langfristige Perspektive wichtiger als ein einzelnes Budgetjahr. Die Selbstfinanzierung kann nur mit einem Ertragsüberschuss verbessert werden und ein ausgeglichenes Haushaltsgleichgewicht fängt zudem die Neuverschuldung etwas ab. Aus den genannten Gründen müsste man somit sagen, dass sogar ein Steuerfuss von 120% nicht ausreicht. Ja, das ist leider so. Ein Budget mit einem Aufwandüberschuss erleichtert die Situation somit nicht. Es handelt sich um einen Balanceakt, welcher der Gemeinderat zwischen einem reibungslosen Betrieb der Gemeinde und der umfassenden Berücksichtigungen von allen Anliegen und Bedürfnissen der Bevölkerung vollführen muss.

Letztes Mal habe ich Ihnen die Tabelle präsentiert, welche aufzeigt, welche Auswirkungen eine Steuerfusserhöhung von 120% bei einzelnen steuerbaren Einkommen hat. In der Gemeinde Wohlen weisen rund 75% von allen steuerpflichtigen Personen ein steuerbares Einkommen unter CHF 75'000 aus. Das bedeutet, dass bei einer verheirateten Person eine Steuerfusserhöhung von 7%, eine maximale Differenz von CHF 205.00 ausmacht. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass man dies der Wohler Bevölkerung zumuten kann und stellt deshalb dem Einwohnerrat den Antrag das Budget 2024 mit einem Steuerfuss von 120% zu genehmigen.

Fraktionsmeinungen

Büchi Roland, SVP: Die SVP bedankt sich beim Gemeinderat und der Verwaltung für die Überarbeitung des Budgets 2024. Die SVP hat sich in einer Medienmitteilung vor der ersten Budgetsitzung und an der Budgetsitzung deutlich geäussert, was sie damals vom Budget 2024 gehalten hat. Wir haben es zurückgewiesen und dabei drei Forderungen an den Gemeinderat gestellt:

1. Das Budget muss in der zweiten Beratung dem Einwohnerrat ausgeglichen vorgelegt werden.
2. Die Lohnerhöhung für das Personal muss der aktuellen finanziellen Lage der Gemeinde entsprechen.
3. Sollte der Steuerfuss erhöht werden müssen, soll dieser so festgelegt werden, dass das Budget beim Stimmvolk eine reelle Chance hat.

Was hat uns der Gemeinderat für die zweite Beratung vorgelegt? Ein Budget mit einem Aufwandüberschuss von CHF 820'000, einem Teuerungsausgleich für das Gemeindepersonal bei 1,5%, was einem Plus von CHF 211'000 entspricht, und einem gleichbleibenden Steuerfuss von 120%, also einem Plus von 7%. Für die SVP sind die drei Voraussetzungen klar nicht erfüllt. Jetzt liegt es am Einwohnerrat, Lösungen zu finden und Verantwortung zu übernehmen. Für die SVP gilt ganz klar der Grundsatz: «*Wohlen macht sein Budget selber und nicht Aarau!*» Dabei muss dem Stimmvolk ein Budget mit einem realistischen Steuerfuss zur Abstimmung vorgelegt werden. Am liebsten mit dem bisherigen Steuerfuss von 113%, dann würde es keine Volksabstimmung geben und die Verwaltung könnte das neue Jahr normal beginnen. Aber wir sind natürlich auch kompromissbereit. Aber immer mit der klaren Voraussetzung, das Ganze soll bei der Stimmbürgerbevölkerung eine Chance haben.

Die SVP erkennt, dass grosse Herausforderungen in der Gemeinde anstehen und auch die SVP zu gewissen Grossprojekten Ja gesagt hat. Wir erkennen aber auch die aktuelle finanzielle Lage der Haushalte und Steuerzahler und darum soll das Ganze nicht überladen werden. Eine Steuerfusserhöhung von über 3% also über 116% werden wir ablehnen. Zudem werden wir uns nicht zurückhalten, während der Debatte Kürzungsanträge zu stellen und hoffen auf Unterstützung. Die SVP wird ihrerseits sinnvolle Kürzungsanträge unterstützen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir haben es heute in der Hand einen für den Steuerzahler annehmbaren Steuerfuss zu bestimmen und dem Gemeinderat den Weg in die Zukunft aufzuzeigen. Sollten Sie aber unsere Sparanträge grösstenteils ablehnen und den Steuerfuss zu hoch ansetzen, wird die SVP das Budget 2024 ablehnen. Für die daraus entstehenden Folgen werden Sie sich dann bei Ihren Wählern rechtfertigen müssen.

Zingg Lionel, FDP/Dorfteil Anglikon: Wir bedanken uns bei der Verwaltung sowie bei der Finanzvorsteherin für die Überarbeitung des Budget 2024. Aber auch die zweite Fassung des Budgets 2024 stellt für unsere Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon keinen gangbaren Weg dar. Die starke Steuerfusserhöhung ist bei der Bevölkerung niemals mehrheitsfähig. Hier fehlt dem Gemeinderat nicht nur das Fingerspitzengefühl, sondern das Gefühl in der ganzen Hand. Die Einsparmöglichkeiten sind beim überarbeiteten Budget bei weitem nicht ausgeschöpft. Es gilt deutliche und nachhaltige Veränderungen und Einsparungen beim jetzigen Budget 2024 vorzunehmen. An der ersten Budgetsitzung vom Oktober haben mehrere Fraktionen dem Gemeinderat bedeutende Einsparungen vorgeschlagen – beispielsweise beim Schüwo Park oder beim Teuerungsausgleich für das Personal. Die überarbeitete Fassung beinhaltet aber nur kosmetische Kürzungen. Wir kommen deshalb zum Schluss, dass der Gemeinderat an der Budgetsitzung den Einwohnerrat nicht ernst genommen hat. Gemäss unserem Demokratieverständnis ist die Legislative die gesetzgebende Gewalt und die Exekutive die ausführende Gewalt und nicht umgekehrt.

Ein Budget würde nur dann akzeptiert werden, wenn klar ist, dass jeder seinen Teil dazu beiträgt, dass das Sparpotenzial ausgeschöpft wird. Dies ist bei der zweiten Version überhaupt nicht gegeben. Wir hegen den Verdacht, dass der Gemeinderat spekuliert, der Regierungsrat werde dann schon 120% festlegen. Wir fordern, dass deutliche Einsparungen vorgenommen werden, damit der Steuerfuss merklich unter 120% festgelegt werden kann. Unsere Fraktion wird auch entsprechende Sparvorschläge einbringen. Wir werden uns vehement gegen einen Steuerfuss von 120% oder ähnlich wehren. Auch für uns ist es klar, dass vor dem Volk nur ein Steuerfuss von 116% ansatzweise mehrheitsfähig sein kann. Unsere Erwartung an die anderen Fraktionen des Einwohnerrates ist, dass man den Worten Taten folgen lässt und den Kürzungsanträgen zustimmt. Die Bevölkerung hat uns mit vergangenen Abstimmungsergebnissen zu verstehen gegeben, dass eher ein Leistungsabbau als eine deutliche und massive Steuerfusserhöhung akzeptiert wird. Unser Ziel ist, dass Budget und Steuerfuss nicht vom Regierungsrat in Aarau festgelegt werden. Um das zu erreichen und auch nur ansatzweise eine Chance bei einer Volksabstimmung zu haben, müssen wir als Einwohnerrat das Budget deutlich kürzen. Wir von der Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon sind bereit diese Verantwortung gegenüber der Bevölkerung wahrzunehmen und erwarten das auch von den anderen Fraktionen.

Schmid Patrick, Grüne: Wir danken dem Gemeinderat und der Verwaltung für das Erstellen und Überarbeiten des Budgets 2024. Wir haben ein durchdachtes, realistisches Budget erhalten – finanzpolitisch lässt sich hier nichts oder höchstens sehr wenig – aussetzen. Bereits die erste Version war ein sehr stark abgespecktes Dossier. Das Budget enthält sehr viele gebundene Ausgaben, wie Pflgerestversicherung, Bildung, etc. Ein Leistungsabbau und Herausschieben von nötigen Ausgaben, wollen wir unserer Bevölkerung nicht zumuten. Das stellt für uns keine Option dar. Die Lebensqualität und der Werterhalt dürfen nicht leiden! Ein echtes Sparpotential können wir dem Budget nicht entlocken.

Auf zwei finanzpolitische Faktoren müssen wir besonders achten. Wir dürfen uns nicht weiter verschulden, weil uns eine weitere Verschuldung zu einer höheren Zinslast und damit mittelfristig zu noch höheren Steuern führt. Wir geben unser Geld nicht gerne für das Bezahlen von Zinsen an die Banken aus. Ebenfalls muss beim Budget immer ein – oder besser viele Augen – auf die Rechnung geworfen werden. Das mittlere Haushaltsgleichgewicht auf sieben Jahre muss ausgeglichen sein. Auch so etwas könnte zu einer Überweisung an den Kanton bzw. Regierungsrat führen. Da dürfen nicht viele Minusergebnisse eingefahren werden, besonders da uns bald ein paar «goldene» Rechnungsjahre, z.B. mit CHF 4,5 Mio. Überschuss, wegbrechen werden. Aus diesen Gründen muss der Steuerfuss so angesetzt werden, dass einer weiteren Verschuldung und negativen Rechnungsabschlüssen entgegengewirkt werden kann. Das heisst, eigentlich müssten wir bereits jetzt einen viel höheren Steuerfuss als 120% fordern. Richtig wären 124%. Einen geschichtlichen Exkurs: Wohlen hatte bereits einmal einen Steuerfuss von 130%. Im letzten Jahr haben wir gesündigt, indem wir eine Steuerfusserhöhung von 113% auf 115% und das Abfallreglement abgelehnt

haben, was 4.5% ausmacht. Hier sind wir selbst schuld. Wir unterstützen die vom Gemeinderat empfohlene Steuerfusserhöhung von 113 auf 120%.

Pascolin Laura, SP: Die SP-Fraktion nimmt die Anpassungen in der 2. Budgetvorlage zur Kenntnis und bedankt sich beim Gemeinderat für die Überarbeitung. Die SP-Fraktion unterstützt grundsätzlich die Vorlage mit einem Steuerfuss von 120%. Schliesslich hat unsere Fraktion sowie eine Mehrheit im Einwohnerrat den notwendigen Investitionen zugestimmt. Der Gemeinderat hat die finanziellen Auswirkungen der Investitionen jeweils in den Finanzplänen deutlich und transparent dargestellt. Die finanzielle Lage der Gemeinde wird massgeblich durch Entscheidungen des Einwohnerrats beeinflusst. Fakt ist, dass eine Mehrheit des Einwohnerrates diesen Investitionen zugestimmt hat. Jetzt müssen dafür auch die finanzpolitischen Auswirkungen mitgetragen werden. Wir begrüssen, dass sich heute der gesamte Einwohnerrat für eine Steuerfusserhöhung aussprechen wird. In diesem Zusammenhang danke wir für die Einsicht.

Zu den bevorstehenden Kürzungsanträgen. Es ist kein Geheimnis, dass 80% der Gemeindeausgaben gebunden sind, Der Gemeinderat und die Verwaltung haben einen gesetzlichen Auftrag und müssen diesen erfüllen. Übergeordnete Gesetze bestimmen dies. Der Gemeinderat kann nicht einfach keine Schulhäuser bauen oder die Bezahlung der Restkosten der Pflegefinanzierung verweigern. Was die restlichen 20% der Gemeindeausgaben betrifft, verfügen diese nur über einen kleinen Spielraum zur Optimierung. Diese Optimierungen werden in Kürze im Einwohnerrat, in Form von mehreren Kürzungsanträgen, präsentiert. Leider haben sich die Bürgerlichen entschlossen, den inneren Ring über die Details der Kürzungsanträgen nicht zu informieren. Das macht es enorm schwierig, diese Anträge in Erwägung zu ziehen. Finanzpolitische Entscheide dürfen keine Schnellschüsse sein.

Was die Kürzungsanträge betrifft, hat unsere Fraktion keine Möglichkeit über grundlegende Fragen zu diskutieren, wie:

- Soll die Leistung komplett gestrichen werden?
- Sollen die Qualitätsansprüche gesenkt werden?
- Soll der Leistungsumfang etwas abgespeckt werden?
- Welche Auswirkung hat es auf die Betroffenen und auf die Gesellschaft?

Wir bitten die Bürgerlichen um Verständnis, dass wir die Kürzungsanträge überwiegend nicht unterstützen werden. Wir sind jedoch auf die Anträge gespannt. Hoffentlich sind die Kürzungen auch kreativer als Leistungen bei der Bildung, Kultur und beim Verwaltungspersonal zu kürzen. Ein Feilschen um den Steuerfuss wird finanzielle Konsequenzen für die Gemeinde haben. Wenn sich eine bürgerliche Mehrheit für einen Steuerfuss zwischen 115% und 118% ausspricht – wie wir gehört haben wurden schon 116% angesprochen – werden die Schulden steigen. Punkt. Wenn wir schon bei der bürgerlichen Mehrheit sind. Möchten wir Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, daran erinnern, dass der Gemeinderat ebenfalls auch aus einer bürgerlichen Mehrheit besteht, die sich nicht unbedingt durch herausragende finanzstrategische Entscheidungen auszeichnet. Siehe letztes Jahr, mit dem gleichbleibenden Steuerfuss von 113%. Letztendlich wird der Entscheid über eine Steuerfusserhöhung beim Volk liegen und hoffentlich nicht beim Regierungsrat. Unsere Fraktion nimmt die Verantwortung für unsere finanzpolitischen Entscheide im Einwohnerrat wahr und wird dem Budget mit einer Steuerfusserhöhung von 120% zustimmen.

Dietrich Stefanie, Die Mitte: Wir sind zwar froh darüber, dass der Gemeinderat den Rotstift nochmals angesetzt hat, aber weshalb nur wurde seitens des Gemeinderates und der Verwaltung nicht mehr gestrichen? Im Oktober hat der Einwohnerrat dem Gemeinderat mitgeteilt, dass es professioneller ist, wenn er dies macht und diese Aufgabe nicht vom Einwohnerrat übernommen werden muss. Ein Steuerfuss von 120%, also eine Erhöhung von 7%, hat keine Chance bei einer Volksabstimmung. Ich glaube hier sind sich alle einig. Die Mitte ist sich aber auch einig, dass sie dieses Budget heute Abend nicht direkt nach Aarau schicken möchte. Die Bevölkerung soll die Gelegenheit erhalten, Ja zu sagen. Dafür benötigt es jedoch von allen Seiten einen Kompromiss. Die Lösung liegt – wie so oft – in der Mitte. Die Mitte findet es grundsätzlich richtig, dass weiterhin in wichtige Pfeiler investiert wird. In einen qualitativ guten, aber nicht überbeuerten Schulraum und auch in die Attraktivität der Gemeinde Wohlen, welche der Bevölkerung eine gute Lebensqualität zurückgibt. Es kann nicht alles hinausgeschoben werden. Wir wollen unserer nächsten Generation keine hinuntergewirtschaftete und stehengebliebene Gemeinde übergeben. Wir müssen Gas geben, aber auch Bremsen. Der Einwohnerrat muss eine gute Balance finden. Es stehe einige Anträge für die heutige Diskussion bereit. In unserer Fraktion waren wir nicht bei allen einig.

Leider haben wir vorhin keine Mehrheit für die Dringlichkeit der Motion betreffend dem Sportpark Bünzmatt gefunden. Das Thema brennt extrem und wir hoffen, dass hier bald Taten folgen werden. Wir hoffen zudem,

dass wir zu einer stimmigen Lösung für alle kommen. Bei dieser Position haben wir ja die grösste Erhöhung im Budget.

Ich habe bereits im Oktober erwähnt, dass je mehr budgetiert wird, desto mehr wird auch ausgegeben. Es gibt schon einige Statements, dass gegen Ende Jahr noch vorhandenes Budget ausgegeben wird, weil man befürchtet, dass im kommenden Jahr weniger budgetiert werden könnte. Wir bitten alle Verantwortlichen darum, dass sie mit dem zur Verfügung stehenden Geld haushälterischer umgehen.

Eine Steuerfusserhöhung von 120% – Gemeinderätin Denise Strasser – erwähnte es vorhin bereits, macht für ein verheiratetes Paar mit einem steuerbaren Einkommen von CHF 75'000 etwa CHF 200.00 aus. Bei einem Steuerfuss von 118% wären dies etwa CHF 146.00. Mit einem Steuerfuss von 116% wären es vermutlich ca. CHF 100.00. Das stellte einen gangbaren Weg dar. Eine schwarze Null wird nicht realistisch sein, aber ein Steuerfuss von 116% heute Abend und auch bei einer Volksabstimmung durchzubringen ist möglich. Wir werden deshalb einem Steuerfuss von 116% grossmehrheitlich zustimmen.

Parvex Olivier, GLP/EVP: Gerne teile ich Ihnen die Fraktionsmeinung der GLP/EVP zum überarbeiteten Budget 2024 mit. Wir danken der Verwaltung für die weiteren Spar- und Verschiebungsvorschläge. Vom Resultat – gut CHF 800'000 eingespart und keine Veränderung beim Steuerfuss – hätte unsere Fraktion etwas mehr erwartet. Gemäss dem Bericht und Antrag sind die Sparvorschläge des Einwohnerrates aus der letzten Debatte geprüft, aber kein einziger umgesetzt worden. Das kann es aus unserer Sicht nicht sein. Dies bedeutet nun, dass wir jetzt auf das Budget eintreten und um einzelne Budgetpositionen feilschen werden. Es ist gut möglich, dass mancher Sparvorschlag angenommen werden wird, welcher keinen Sinn ergibt. Wenn die Profis des Gemeinderates und der Verwaltung aber nicht auf die Voten des Einwohnerrates hören wollen, dann kann es halt geschehen, dass wir als Volksvertretung das Budget selbst umschreiben.

Wir haben ein überarbeitetes Budget mit einem tieferen Steuerfuss erwartet – schliesslich wollen wir für die Volksabstimmung ein Budget mit realen Erfolgchancen präsentieren können. Dies obschon uns bewusst ist, dass eine Steuererhöhung nie einfach sein wird, bei einer Abstimmung durchzubringen.

Für unsere Fraktion ist ein Steuerfuss von 118% ein realistischer Vorschlag. Ohne weitere Sparbemühungen würde das Rechnungsdefizit bei CHF 1,4 Mio. liegen. Das Defizit wäre immer noch tiefer als bei der ersten Version des Budgets 2024 des Gemeinderates und dieses Jahr noch kein Problem für das gesetzlich vorgeschriebene, mittelfristig ausgeglichene Haushaltsgleichgewicht. Wir werden aber noch Sparvorschläge präsentieren, und zwar beim Sportpark Bünzmatt. Wir sind davon überzeugt, dass der Betrieb auch mit weniger Betriebsbeiträgen aufrechterhalten werden kann und dies mit einer schwarzen Null. Wir werden aber nicht beim Personal sparen. Sparvorschläge auf dem Rücken der Angestellten auszutragen, kommt für uns nicht infrage. Allerdings werden wir in den nächsten Jahren Stellenplanerhöhungen sehr kritisch hinterfragen und wie schon anlässlich der Einwohnerratssitzung vom September voraussichtlich bekämpfen.

Zusammengefasst wird die GLP/EVP auf das Budget eintreten. Wir sagen Ja zu einem Steuerfuss mit 118%, sagen jedoch Nein zu Sparplänen, welche zu Lasten des Personals gehen und werden einen Kürzungsantrag betreffend dem Betriebsbeitrag für den Sportpark Bünzmatt präsentieren. Es ist uns wichtig, dass die Wohlergehen der Bevölkerung die Finanzlage, wie sie der Präsident der FGPK präsentiert hat, kennt und über das Budget mit einer unumgänglichen Steuererhöhung abstimmt und dem aus zustimmt.

Einzelvoten

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Es wurde uns mehrfach vorgeworfen, wir hätten die Voten des Einwohnerrates nicht ernst genommen und wir hätten die Anträge nicht geprüft. Im Bericht und Antrag sowie im Bericht der FGPK ist ausgeführt worden, weshalb der Gemeinderat den Anträgen und Vorstellungen des Einwohnerrates nicht entgegenkommen kann. Wenn Sie zu einer anderen politischen Einschätzung kommen möchten, dann dürfen Sie das. Wir geben auch gerne nochmals Auskunft darüber, weshalb es nicht geht. Aber bitte unterstellen Sie uns nicht, dass wir unsere Arbeit nicht gemacht und Sie nicht ernst genommen hätten. Dies ist schlicht nicht wahr. Es sind heute im Verlaufe des Tages verschiedene Sparanträge aus den verschiedenen Fraktionen eingegangen. Der Gemeinderat hätte sich gefreut, wenn diese Anträge etwas früher eingereicht worden wären, dann hätten diese noch diskutiert werden können. Auch hätten entsprechende Abklärungen vorgenommen werden können. Vielleicht hätte es die eine oder andere gute und umsetzbare Idee dabeigehabt. Ich danke an dieser Stelle all denjenigen, welche ihre Anträge

noch vor dem letzten Samstag eingereicht haben. Darüber waren wir sehr froh, leider waren es sehr wenige. Für den Gemeinderat ist es befremdlich, dass offensichtlich mit diesem Vorgehen versucht wird, den Gemeinderat zu überraschen, sodass er keine Auskünfte zu den verschiedenen Anträgen geben kann. Das stellt nicht unser Verständnis von Sachpolitik dar und es ist auch nicht unser Verständnis von Zusammenarbeit, welche der Gemeinderat mit dem Einwohnerrat pflegen möchte. Es ist zudem für den Gemeinderat nicht nachvollziehbar, dies konnten Sie alle lesen, dass in der FGPK keinerlei Sparanträge, Diskussionen und Sachfragen zu diesem Themen gekommen sind und dass nun zweieinhalb Wochen später offensichtlich doch noch so viele Sachen im Raum stehen. So funktioniert es einfach wirklich nicht. Wenn Sie Sachpolitik betreiben möchten und zu einem besseren Resultat gelangen möchten, dann bitten wir Sie, Ihre Rolle so ernst zu nehmen und uns als Gemeinderat die Möglichkeit zu gewähren, zu den verschiedenen Anträgen Stellung nehmen zu können. Es war uns deshalb nicht möglich, zu den verschiedenen Anträgen zu einer anderen Meinung zu gelangen, als wir bereits gehabt haben. Aus diesem Grund werden wir sämtliche Anträge ablehnen müssen. Dies habt aber nicht damit zu tun, dass wir diese unbedingt ablehnen möchten, sondern es hat damit zu tun, dass wir sie nicht früher prüfen konnten. Ich bitte Sie darum, dass Sie uns die Anträge zukünftig frühzeitig zustellen.

Donat Ruedi, Die Mitte: Mich stört an den Aussagen unseres Gemeindeammanns eines, und zwar seine Haltung, dass der Gemeinderat vorab alle Kürzungsanträge ablehnt. Der Gemeinderat ist wohl in der Lage zu den Anträgen Stellung zu beziehen und zu erklären, ob es geht oder nicht. Ich finde dies vom Gemeindeammann einen Affront sich zu weigern diese Antworten zu geben.

Sax Simon, GLP: Gerne gebe ich einen kurzen Input zu den Kürzungsanträgen. Es ist tatsächlich auch so, dass ich von keinen Kürzungsanträgen weiss. Unsere ganze Fraktion hat nichts erhalten. Einen Antrag sollte man wirklich prüfen, was jedoch hier innert Sekunden nicht möglich ist, oder es wird als Resultat tendenziell eher zu einer Ablehnung als zu einer Zustimmung führen. Es hat nichts damit zu tun, dass wir uns nicht damit beschäftigen möchten. Aber wir können beim besten Willen nicht einfach bei irgendwelchen genannten Kontonummern, welche kaum zu ortbar sind und man nicht weiss, was darauf gebucht wird, einfach Kürzungen vornehmen. Das ist nichts anderes als absolut unseriös und dementsprechend werden wir uns verhalten.

Stäger Dieter, FDP: Wir haben heute Abend ganz viele Profis aus der Gemeindeverwaltung anwesend, welche alle zu jeder Zeit sehr kompetent Auskunft zu jedem Konto geben können. Genau dafür sind diese Fachleute nämlich hier. Budget bedeutet eine Führungsaufgabe des Gemeinderates. Ich bin überzeugt, dass wenn der Gemeinderat dem Verwaltungspersonal mitgeteilt hätte, dass es sich um eine spezielle und unerwartete Situation handelt und verlangt hätte ein Sparbudget aufzustellen, dann hätten wir jetzt ein anderes Budget vorliegen. Das ist das, was mich stört. Mir scheint, es hat im Gemeindehaus noch kein Mentalitätswandel stattgefunden. Es wurde heute Abend schon erwähnt, dass 80% der Ausgaben gebunden seien. Das mag schon so sein, aber 20% von CHF 80 Mio. sind immer noch CHF 16 Mio., welche somit frei bewegbar wären – CHF 16 Mio.! Es wird vermutlich für ganz viele Einwohnerinnen und Einwohner in Wohlen in den nächsten Monaten, vielleicht Jahren, auch kein Weg vorbei führen zu sparen. Dies einfach, weil in den verschiedensten Bereichen die Kosten ansteigen und am Explodieren sind. Diese Leute können auch nicht einfach zu ihrem Chef gehen und um mehr Gehalt bitten. Das funktioniert nirgends, es funktioniert in keinem Unternehmen. Das Unternehmen kann auch nicht einfach zum Kunden gehen und sagen, dass er mehr bezahlen muss. Vielleicht funktioniert dies, wenn sie die einzigen im Markt sind, aber sonst auch nicht. Das ist das, was mir persönlich extrem fehlt. Mein Eindruck ist, dass der Gemeinderat nicht zuhören wollte. Fast alle Fraktionen sagten, dass wir ein anderes Budget brauchen. Es wurden sehr viele Vorschläge platziert und kaum einer wurde umgesetzt. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass wir heute Abend ein politisches Zeichen setzen müssen. Es muss jetzt auch einmal an diesen Stellen gespart werden, an welche es schmerzt. Sparen heisst nicht verschieben auf das nächste Jahr, sondern es bedeutet Ausgaben einmal nicht zu tätigen. Ausgaben, welche vielleicht schön wären, aber nicht unbedingt sein müssen. Das Leben geht auch weiter, wenn man das eine oder andere nicht umsetzt. In diesem Sinn bitte ich Sie alle vernünftig und sachlich über die Sparvorschläge von heute Abend nachzudenken und wenn Sie es einigermaßen verantworten können, zuzustimmen. So erhalten wir die Chance in ein besseres Fahrwasser zu gelangen.

Nicoll Jonathan, SVP: Ich möchte kurz etwas ergänzen. Ich höre immer wieder, dass das, was wir hier besprechen für die nachkommende Generation ist. Wenn man der Meinung ist, in der Historie der bisherigen Gemeinderäte – unter der Ära Dubler zum Beispiel – man hätte jahrelang nicht investiert und gespart, dann hat man eigentlich unsere Generation – welche jetzt hier sitzt – vor den Kosten geschützt. Wir, die uns einreden, wir müssten für unsere nächste Generation schauen, machen nun mit diesem Ausgabenbudget genau das Gegenteil. Wir geben Geld aus und die Welt dreht sich schneller als man meint. Ich kann an dieser Stelle auch sagen, dass der Gemeinderat gewisse Sachen empfangen hat, welcher er als Vorwurf

aufgefasst hat. Er hatte jedoch auch die Chance einzugreifen und er hatte mehrfach die Chance bei diesen Positionen zu begründen, weshalb der Sparhebel nicht angesetzt werden kann. Wenn der Gemeinderat nun spezifisch den Vorwurf an eine der Parteien zurückspielt, dann soll er diese ausschliessen, welche es nicht betrifft und diese Partei spezifisch ansprechen. Ansonsten fühlen wir uns nämlich auch beschuldigt mit einer Unterstellung.

Die Aussage unseres Gemeindeammanns, dass man den Gemeinderat mit diesen kurzfristigen Anträgen überraschen möchte, ist im Übrigen auch eine Unterstellung. Das müssen wir als Einwohnerrat so nicht entgegennehmen. Ein weiterer wichtiger Aspekt, so finde ich, ist, dass wenn sich der Gemeinderat daran stösst, dass er die Sparanträge zu kurzfristig erhält, dann hätte er eine Deadline kommunizieren können, bis wann Anträge noch angenommen werden und bis wann nicht mehr.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich habe mir geschworen, dass ich jedes Mal, wenn mir jemand etwas unterstellt ich darauf reagiere und dies dann richtigstelle.

Ruedi Donat – selbstverständlich habe ich gesagt, wir geben gerne Auskunft – soweit wir das können. Aber wir sind nicht in der Lage ohne Zusammenkunft des Gemeinderatsgremiums zu einer Gemeinderatsmeinung zu gelangen, welche abweichend ist zu dem, was wir beantragt haben. Das sollte eigentlich insbesondere einem ehemaligen Gemeinderatsmitglied bekannt sein, dass der Gemeinderat als Gremium entscheidet und über Einzelanträge nicht schnell, schnell hier vorne am Tisch entscheiden können. Dies zur Klärung. Selbstverständlich geben wir Auskunft und selbstverständlich sind wir als Gemeinderat so gut vorbereitet, dass uns niemand zu unterstützen braucht.

Jonathan Nicoll kann ich sagen, dass das Parlament jederzeit Kürzungsanträge stellen kann – selbst während der Debatte. Hier greift der Gemeinderat sicher nicht ein. Dies ist alleinige Sache des Einwohnerratspräsidiums, allenfalls eine Frist anzusetzen. Aber wenn man vom Gemeinderat erwartet, dass er Sparanträge, Sparbemühungen und Überlegungen Folge leistet, dann bitte ich um Verständnis, dass der Gemeinderat eine gewisse Vorlaufzeit benötigt, damit er sich dazu seine Gedanken machen und dazu Stellung nehmen kann. Das ist die einzige Aussage und schlussendlich ist unser Interesse ein sachpolitisches Interesse. Die Aussage, dass der Gemeinderat mit den Anträgen überrascht werden soll, habe ich von Mitgliedern des Einwohnerrates selbst erhalten. Ich bitte um eine sachpolitische Behandlung des Budgets.

Detailberatung

Seite 47, Konto 1.0111.3102.00 Drucksachen, Publikationen

Lütolf Harry, Die Mitte: Ich spreche hier als Parlamentarier von einem Parlament. Es geht um Gewaltenteilung. Der Gemeinderat schlägt vor, dass die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte sich künftig mit den Vorlagen elektronisch bedienen sollen. Es soll nichts mehr gedruckt werden. Das kann man grundsätzlich so machen. Ich möchte allerdings erwähnen, dass dies die Arbeit der älteren Einwohnerratsmitglieder – so wie ich eines bin – erschwert. Ich werde dem so zustimmen, weil mir im Vorfeld zugesagt wurde, dass man sich in der Kanzlei zum Beispiel die gedruckte Variante des Geschäftsbericht noch bestellen kann. Ich drucke sicher nicht den Geschäftsbericht mit meinem Tintenstrahldrucker zu Hause und ich mache es sicher auch nicht elektronisch. Ich werde dem Kürzungsantrag des Gemeinderates zustimmen, unter dem Vorbehalt, dass ich mir bei der Gemeindekanzlei mit einer gedruckten Variante bedienen kann. Das macht es für mich als Einwohnerrat wesentlich einfacher mich auf die Geschäfte des Gemeinderates vorbereiten zu können.

Seite 48, Konto 1.0220.3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten

Donat Ruedi, Die Mitte: In diesem Konto geht es darum, die Webseite zu erneuern. Wir haben eine funktionierende Webseite. Aus Spargründen stelle ich den Antrag auf den neuen Webauftritt vorläufig zu verzichten. Das Konto sei entsprechend, um CHF 25'000 zu reduzieren. Ich bitte Sie dem Antrag zuzustimmen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich bitte Sie den Antrag abzulehnen. Es geht nicht um einen neuen Webauftritt. Diese kann leider nicht mit CHF 25'000 erstellt werden, eine Gesamterneuerung kostet einiges mehr. Es vorliegend um eine Aktualisierung, insbesondere geht es um die Bilderwelt, welche sehr stark veraltet ist. Wir haben zudem Personen auf der Webseite, welche nicht mehr auf den Bildern erscheinen

möchten. Auf diesem Konto hat es jedoch noch weitere Honorare für allgemeine Dienste. Es handelt sich um einen Ausgabe, welche getätigt werden muss.

Abstimmung

Der Antrag

Das Konto 1.0220.3132.0 sei um CHF 25'000 zu kürzen und auf den neuen Webauftritt soll vorläufig verzichtet werden.

wird mit 23 Ja-Stimmen zu 15 Nein-Stimmen angenommen.

Seite 49, Konto 1.0222.3130.01 Dienstleistungen Dritter

Meyer Hans Rudolf, FDP/Dorfteil Anglikon: Das Bearbeiten von aufwendigen Baugesuchen sollte mit unseren Fachkräften in der Abteilung Planung, Bau und Umwelt gemacht werden. Wir sind der Meinung, dass die fachliche Kompetenz dazu in dieser Abteilung vorhanden ist. Sollte dies nicht der Fall sein, so müsste man dringendst die Personalpolitik in dieser Abteilung unter die Lupe nehmen und beim nächsten Stellenwechsel diese Lücke schliessen. Hier handelt es sich nicht um eine Verschiebung auf spätere Jahre, sondern um eine echte Einsparung. Der Betrag von CHF 50'000 ist um CHF 10'000, auf das Niveau der Rechnung 2022 und dem Budget 2023, auf neu CHF 40'000 zu kürzen. Ich bitte Sie dieser Kürzung zuzustimmen

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich bitte Sie den Antrag abzulehnen. Es ist eine Tatsache, dass die Baugesuche immer aufwendiger in der Bearbeitung werden. Bei gewissen Fragen müssen deshalb Fachspezialisten beigezogen werden und uns das Fachwissen intern nicht zur Verfügung steht. Es braucht zudem auch manchmal juristische Beratung, die Denkmalpflege oder weitere Fachgutachter. Die Baugesuche werden immer komplexer und aufwendiger. Ein Teil der Kosten kann zudem den Baugesuchnehmenden weiterverrechnet werden. Mit dieser Kürzung ergibt sich eine Verschlechterung der Qualität des Baugesuchsverfahrens. Bitte stimmen Sie diesem Antrag nicht zu.

Abstimmung

Der Antrag

Das Konto 1.0222.3130.01 sei von CHF 50'000 um CHF 10'000 auf neu CHF 40'000, auf das Niveau der Rechnung 2022 und dem Budget 2023, zu kürzen. Die externe Unterstützung bei aufwendigen Baugesuchen soll weniger beansprucht oder ganz darauf verzichtet werden.

wird mit 29 Ja-Stimmen zu 9 Nein-Stimmen angenommen.

Seite 49, Konto 1.0222.3132.00 Drucksachen, Publikationen

Heinrich Daniel, Die Mitte: Ich möchte wissen, ob man die Publikationen wirklich nicht mehr in den Medien öffentlich machen möchte? Halten wir hier nicht Informationen von den Leuten fern, so dass sie zu spät reagieren können, wenn alles nur noch auf der Homepage ersichtlich ist? Verpassen hier nicht viele Leute die Eingabefristen, wenn die so gehandhabt wird?

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Dies ist der konsequente Weg, die Forderungen des Einwohnerrates auf die Digitalisierung umzustellen, umzusetzen und möglichst die digitalen Kanäle zu nutzen. Der Gemeinderat sieht vor, in Zukunft Baugesuche im ordentlichen Weg über die amtlichen Publikationen der Gemeinde Wohlen laufen zu lassen und auf die Publikation in den Zeitungen zu verzichten. Dies ergibt eine Win-win-Situation. Einerseits wird es für die Kunden günstiger, weil sie nämlich die Publikationskosten nicht mehr bezahlen müssen, und andererseits wird es günstiger für die Gemeinde, weil die Aufwendungen neu in Rechnung gestellt werden. Auf Baugesuche aufmerksam zu machen ist aber hauptsächlich mit der Aufstellung der Bauprofile/Baugespanne zu erreichen. Das ist der Weg die Leute auf allfällige Bauvorhaben aufmerksam zu machen. Es ist auch nicht so, dass alle Bevölkerungsgruppen alle Medienerzeugnisse

gleich lesen. Aus diesem Grund muss man diese Bauprofile aufstellen, dann weiss man, wo etwas geschehen soll, und kann entsprechend reagieren. Damit wird gewährleistet, dass die Leute sehen, wo etwas gebaut werden soll.

Heinrich Daniel, Die Mitte: Ich kann die Äusserung, dass es für die Gemeinde günstiger werden soll, nicht nachvollziehen, denn die Kosten werden ja dem Baugesuchsteller weiterverrechnet.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Wenn jemand etwas bauen möchte und wenn das Baugesuch öffentlich publiziert wird, dann werden die Kosten dem Baugesuchsteller weiterverrechnet. Je nach dem sind die Preise dann unterschiedlich zum Beispiel, wenn es eine Grossauflage gibt.

Seite 50, Konto 1.0291.3144.11 Unterhalt Hochbauten, ausserordentlich

Hauri Claudia, SVP: Der ausserordentliche Unterhalt in der Bleichi umfasst im Budget die Sanierung der Türen im Eingangsbereich und die Erneuerung des Bodens zu je CHF 20'000. Wir erachten die Sanierung der Türen im Eingangsbereich energiepolitisch als notwendig. Die Erneuerung des Bodens im Jahr 2024 allerdings nicht. Die finanziell angespannte Lage unserer Gemeinde zwingt uns zu dieser Kürzung. Wir beantragen eine Kürzung der Position von CHF 20'000 auf neu CHF 20'000. Besten Dank für Ihre Zustimmung und Aufmerksamkeit.

Burkard Thomas, Vizeammann: Es handelt sich vorliegend um den besten ausgemieteten Raum der Gemeinde. Es geht um den Saal in der Bleichi, welchen man mieten kann. Der Boden wird dort sehr stark beansprucht. Es geht darum; dass dieser instand gestellt wird – neu schleift und versiegelt – sodass er wieder normal gebraucht werden kann. Es freut uns natürlich, dass erkannt wurde, dass die Türen wirklich gemacht werden müssen – das ist unbestritten. Der Gemeinderat findet, dass der Saal, welcher sehr oft und niederschwellig zur Nutzung gelangt, eine Auffrischung notwendig hat. Der Gemeinderat bittet Sie, diesem Antrag nicht zuzustimmen.

Abstimmung

Der Antrag

Das Konto 1.0291.3144.11 sei um CHF 20'000 zu reduzieren. Die Sanierung der Türen Eingang erachten wir als energiepolitisch notwendig. Die Erneuerung des Bodens ist in Anbetracht der äusserst angespannten finanzielle Lage im Jahr 2024 nicht notwendig.

wird mit 20 Ja-Stimmen zu 18 Nein-Stimmen angenommen.

Seite 51, Konto 1.0293.3144.11 Unterhalt Hochbauten a.o.

Zingg Lionel, FDP/Dorfteil Anglikon: In diesem Konto ist ein Betrag von CHF 9'500 budgetiert. Unser Antrag lautet, diesen Betrag ersatzlos zu streichen. Es geht vorliegend um die Raumakustik in der Bibliothek. Das ist ein exemplarisches Beispiel dafür, bei welchem man das Wünschenswerte vom Notwendigen trennen kann. Es ist nicht notwendig die Raumakustik zu erneuern, um den Betrieb der Bibliothek aufrecht zu erhalten. Aus diesem Grund setzen wir uns für die Streichung dieser Position ein und bitten um Ihre Zustimmung.

Burkard Thomas, Vizeammann: Hier liegt ein Missverständnis vor. Es geht nicht um die Bibliothek, sondern es geht um den ersten Stock, welcher nicht mehr von der Bibliothek genutzt wird. Der 1. Stock wurde umgenutzt und wird von der Gemeindeverwaltung als Sitzungszimmer verwendet. Es wurden dort drei Sitzungszimmer eingerichtet, weil wir im Gemeindehaus keinen Platz mehr hatten. Im Gemeindehaus gibt es jetzt keine Sitzungszimmer mehr. Diese wurden alle an den Bankweg 2 in den 1. Stock verlegt. Aufgrund der ersten Erfahrungen des Betriebs dieser Sitzungszimmer haben wir festgestellt, dass die Raumakustik in diesen Räumlichkeiten wirklich nicht optimal bzw. nicht gut ist. Ich selbst habe viele Sitzungstermine, welche im Bankweg 2 stattfinden. Es ist nicht gut, wenn man sich jede Woche regelmässig darin aufhält. Die Raumakustik ist sehr störend. Der Gemeinderat erachtet den eingesetzten Betrag von CHF 9'500 für die Verbesserung der Raumakustik als einen vertretbaren Weg. Wir bitten Sie den Antrag abzulehnen.

Zingg Lionel, FDP/Dorfteil Anglikon: Ich danke für die Präzisierung, dass es nicht die Räumlichkeiten der Bibliothek betrifft, sondern das Gebäude allgemein. Es gilt jedoch dasselbe. Wir sind der Meinung, dass das Gemeindepersonal ruhig etwas klarer, leiser oder lauter sprechen kann – was auch immer das Problem dieser Raumakustik ist – wenn es darum geht einen Steuerfuss von 120% für die breite Bevölkerung zu verhindern. Wir bitten Sie weiterhin, diesem Kürzungsantrag zuzustimmen.

Abstimmung

Der Antrag

Der Betrag von CHF 9'500 im Konto 1.0293.3144.11 sei ersatzlos zu streichen.

wird mit 26 Ja-Stimmen zu 12 Nein-Stimmen angenommen.

Seite 57, Konto 1.2130.3170.00 Schulveranstaltungen

Büchi Roland, SVP: Der Ansatz von CHF 30.00 wurde auf CHF 40.00 erhöht. Wir stellen den Antrag, dass der Ansatz wieder auf CHF 30.00 zurückgesetzt wird. Diese Erhöhung macht für uns keinen Sinn. Das heisst im Klartext von CHF 44'000 auf CHF 33'000. Das ergibt eine Einsparung von CHF 11'000.

Gregor Ariane, Gemeinderätin: Ich bitte Sie diesem Antrag nicht zuzustimmen. Es geht um CHF 11'000. Es handelt sich um Projekte innerhalb der Klasse, welche im sozialen Bereich anzusiedeln sind. Es sind zum Beispiel Projekte im Zusammenhang mit Vandalismus. Dies hat meiner Meinung nach einfach Bestand und das sollten wir durchführen. Bitte bleiben Sie beim Betrag von CHF 40.00 pro Schüler.

Abstimmung

Der Antrag

Das Konto 1.2130.3170.00 sei um CHF 11'000 zu reduzieren. Der Ansatz von CHF 40.00 sei wieder zurück auf CHF 30.00 je Schüler zu reduzieren (von CHF 44'000 auf CHF 33'000).

wird mit 18 Ja-Stimmen zu 20 Nein-Stimmen abgelehnt.

Seite 60, Konto 1.2173.3144.11 Unterhalt Hochbauten a.o.

Donat Ruedi, Die Mitte: Es geht vorliegend um die Beleuchtung des Schulhauses in Anglikon. Es wurde ein neuer Posten von CHF 40'000 für den Ersatz der Beleuchtung aufgenommen. Wir sind der Meinung, dass dort eine Beleuchtung besteht und diese entsprechend gut ist. Wir wollen jedoch, dass die Beleuchtung nur in den Schulräume ersetzt wird. Demnach soll diese Position halbiert werden, was eine Kürzung um CHF 20'000 bedeutet.

Burkard Thomas, Vizeammann: Das ist genau das gleiche, was der Gemeinderat auch möchte. Es geht hier um sechs Schulzimmer im Schulhaus Anglikon, welche mit einer neuen Beleuchtung ausgerüstet werden sollen. Das sind sechs Schulzimmer à je ca. CHF 6'500. Das macht rund CHF 39'000 bis CHF 40'000 aus. Diese Zimmer müssen neu ausgeleuchtet werden und dies bedeutet einen finanziellen Aufwand von CHF 40'000. Es handelt sich hierbei um die 1. Tranche. Es werden in den nächsten Jahren weitere Tranchen für die Beleuchtungen folgen. Diese Leuchtmittel gehen – auch in anderen Schulhäusern – allmählich aus und wir sind gezwungen diese neu zu bestücken. Wir empfehlen Ihnen den Antrag abzulehnen.

Donat Ruedi, Die Mitte: Im Kommentar steht einfach, dass es für die Beleuchtung ist. Nach Rückfrage haben wir erfahren, dass die Beleuchtung auch für die Gänge, Keller und in den Nebenräumen ersetzt werden soll. Aus diesem Grund stellen wir den Kürzungsantrag um CHF 20'000. Und jetzt gibt Thomas Burkard die Auskunft, dass die Beleuchtung nur für die Schulzimmer sei. Bitte verfassen Sie zukünftig die Kommentare klarer und weisen Sie das Personal an, dass sie entsprechend Auskunft geben. Ich halte am Kürzungsantrag fest.

Abstimmung

Der Antrag

Das Konto 1.2173.3144.11 sei um CHF 20'000 zu reduzieren

wird mit 16 Ja-Stimmen zu 19 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 60, Konto 1.2174.3111.00 Anschaffung Maschinen, Geräte Schulhaus

Christen Peter, SVP: Es geht um die Anschaffung von Maschinen und Geräte im Schulhaus Junkholz Der Anschaffungsbetrag ist auf CHF 16'000 zu kürzen, dies entspricht in etwa dem Aufwand 2022 von CHF 783.00.

Burkard Thomas, Vizeammann: Der Gemeinderat bitte Sie den Antrag abzulehnen. Es geht hier um die Anschaffung von Maschinen, welche für die Reinigung dringend benötigt werden. Sie sehen, ich werde langsam immer mehr zum Reinigungsfachmann durch mein Amt als Gemeinderat. Es geht vorliegend um ein Scheuersaughandgerät für CHF 5'000, welches angeschafft werden soll. Es geht zudem um den Ersatz eines Scheuersauggerät nachlaufend für CHF 9'000. Das erste ist ein Handgerät und das zweite eines zum Ziehen. Bei den restlichen CHF 3'000 geht es darum, 16-jähriges Reinigungsutensilien zu ersetzen. Der Gemeinderat bittet Sie dem Antrag nicht stattzugeben.

Christen Peter, SVP: Thomas Burkard, können Sie bestätigen, dass diese Geräte noch nicht angeschafft worden sind? Weil dann würden sie ja dem Budget 2023 belastet werden. Dann wäre es nämlich erledigt und ich fände es nicht korrekt, wenn es im Budget 2024 aufgeführt wird.

Burkard Thomas, Vizeammann: Ich kann bestätigen, dass diese noch nicht gekauft worden sind. Diese sind im Budget 2024 enthalten und sollen im Jahr 2024 neu angeschafft werden.

Christen Peter, SVP: Sind diese bezahlt oder noch nicht bezahlt?

Aletz René, Teamleiter Facility Management: Etwas, was nicht gekauft ist, ist auch nicht bezahlt.

Stäger Dieter, FDP: Der Hintergrund ist derjenige, dass uns – auf welchem Weg auch immer – übermittelt worden ist, dass die entsprechenden Kaufverträge bereits erteilt worden sind und dass die Zahlung zu Lasten des Budget 2023 bereits ausgeführt worden ist. Man kann sehr wohl etwas bestellen, zahlen und dann wird es im nächsten Jahr geliefert. Das macht man immer genau dann, wenn man noch etwas Budget hat und man befürchten muss, dass man es im nächsten Jahr nicht mehr hat. Das ist der Hintergrund und auf dieser Basis haben wir den Kürzungsantrag formuliert. Die Frage ist deshalb berechtigt, ob diese Aufträge erteilt sind oder nicht.

Burkard Thomas, Vizeammann: Das ist definitiv nicht der Fall. Ich weiss nicht, woher Sie diese Informationen haben. Vermutlich irgendwie auf dem Latrinenweg. Ich muss ganz klar sagen, dass dies nicht der Fall ist. Was mich stutzig macht ist, dass diese Fragen, in diesem Grad der Detaillierung, eigentlich in die FGPK gehören und nicht an die Einwohnerrats-Budgetsitzung.

Zingg Lionel, FDP: Hätte der Gemeinderat die Überarbeitung der 2. Budgetvorlage ernster genommen hätte, dann müssten wir jetzt auch nicht über all diese Detailfragen sprechen und detaillierte Kürzungen vornehmen. Ich darf zudem daran erinnern, dass an Schluss jeder Franken zählt, wenn es darum geht einen erträglichen Steuerfuss für die Bevölkerung festzulegen, welche derzeit stark und steigenden Preisen etc. leidet.

Abstimmung

Der Antrag

Das Konto 1.2174.3111.00 sei um CHF 16'000 auf CHF 1'000 zu kürzen.

wird mit 18 Ja-Stimmen zu 16 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

Seite 61, Konto 1.2175.3144.01 Unterhalt Hochbauten, ordentlich

Zingg Lionel, FDP/Dorfteil Anglikon: Wenn man sich den Unterhaltsaufwand im Jahr 2022 anschaut, dann lag dieser bei CHF 4'063. Für das Budget 2024 wurde dieser Betrag mit CHF 8'000 verdoppelt. Aus unserer Sicht ist die Verdoppelung des Aufwands im Unterhalt nicht rechtfertigbar. Unser Antrag lautet nun um eine Halbierung des Betrages auf neu CHF 4'000. Auch mit CHF 4'000 kann man den Unterhalt des Gebäudes an der Steingasse 3 gewährleisten, dies sieht man im Jahr 2022. Wir bitten Sie dem Kürzungsantrag zuzustimmen.

Burkard Thomas, Vizeammann: Der Gemeinderat bitte Sie dem Antrag nicht stattzugeben. Mit einem Betrag von CHF 4'000 ist es nicht möglich das Budget 2024 zu retten. Dies einmal vorweggesagt. Lionel Zingg hat die Rechnung 2022 erwähnt. Im laufenden Budgetjahr 2023 wurden ebenfalls CHF 8'000 budgetiert und dieser Betrag wurde auch gebraucht. Aus diesem Grund haben wir für das Jahr 2024 wieder den Betrag von CHF 8'000 budgetiert. Bei diesem Gebäude ist die Wahrscheinlichkeit sehr gross, dass es eine Übertretung geben wird, genehmigt man lediglich einen Betrag von CHF 4'000. Eine Abweichung müsste in der Rechnung dann entsprechend begründet werden. Ich erlaube mir noch eine Bemerkung zum ordentlichen Unterhalt. Der Gemeinderat findet es nicht gut, wenn man beim ordentlichen Unterhalt aufs Blaue hinaus einfach Kürzungen vornimmt.

Abstimmung

Der Antrag

Das Konto 1.2175.3144.01 sei um CHF 4'000 zu reduzieren.

wird mit 19 Ja-Stimmen zu 19 Nein-Stimmen und dem Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt.

Seite 62, Konto 1.2190.3170.00 Reisekosten und Spesen

Stäger Dieter, FDP/Dorfteil Anglikon: Wir stellen bei dieser Position den Antrag, dass die Reisekosten und Spesen von Schulleitung und Schulverwaltung von CHF 27'500 um CHF 10'000 auf Vor-Corona-Niveau und damit auf neu CHF 17'500 gesenkt werden. Es ist nicht ersichtlich, weshalb die Schulleitung und die Schulverwaltung auf einmal so viel mehr Spesen produzieren. Ich kann nachvollziehen, wenn Lehrpersonen Ausbildungen oder Weiterbildungen absolvieren müssen und dann Reisespesen brauchen, aber nicht bei der Schulverwaltung. Im Namen meiner Fraktion bitte ich Sie der Kürzung aus CHF 17'500 zuzustimmen.

Gregor Ariane, Gemeinderätin: Bei diesem Konto geht es um Reisespesen. Dies sind keine Reisen, welche irgendwohin unternommen werden. Vorliegend geht es um die Schulleitung und die Schulverwaltung. Es kommt das Personalreglement, welches übrigens vom Einwohnerrat beschlossen wurde, zur Anwendung. An das Personalreglement halten sich die Schulleitungen und die Schulverwaltung. Darin ist klar geregelt, dass die Spesen bezahlt werden. Auch unsere Schulleitungen und die Schulverwaltung machen Weiterbildungen. Ich finde das eigentlich eine ganz gute Sache, wenn wir Leute haben, welche à jour bleiben und dann halt eben auch Spesen machen. Ich bitte Sie den Antrag nicht anzunehmen.

Beeler Markus, Mitglied SLK, Fachbereich Finanzen: Gerne möchte ich eine Ergänzung anbringen. Im Vergleich zu den Budgets von vor zwei bis drei Jahren sind die Lehrpersonen in diesem aktuellen Budget für das Jahr 2024 ebenfalls inbegriffen. Das war früher nicht der Fall und neu richten wir uns nach dem Spesenreglement der Gemeinde sowie nach den Vorgaben des Kantons Aargau.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Das ist eine Position, bei welcher man eine Streichung vornehmen kann, dies aber in der Rechnung keinen Effekt erzielt. Ich bitte Sie auf die Zahlen zu vertrauen. Die Spesen wurden so erhoben und werden so auch eintreten. Es steht ein geltendes Reglement im Hintergrund. Wenn Sie eine Kürzung vornehmen, wird das Reglement nicht eingehalten werden können. Es führt dann zu einer Überschreitung in der Jahresrechnung, da die Spesen trotzdem anfallen.

Abstimmung

Der Antrag

Das Konto 1.2190.3170.00 sei um CHF 10'000 zu reduzieren.

wird mit 17 Ja-Stimmen und 20 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Seite 63, Konto 1.2201.3144.11 Unterhalt Hochbauten VV, a.o.

Donat Ruedi, Die Mitte: Es geht vorliegend um dasselbe, wie beim Schulhaus Anglikon. Es handelt sich um eine massive Erhöhung des Budgetpostens. Es geht um die Beleuchtung der 1. Etappe. Die Beleuchtung soll nur in den Schulräumen ersetzt werden. Auf das Ersetzen der Beleuchtung in den Nebenräumen, Gängen und Keller soll vorläufig verzichtet werden. Wir beantragen eine Reduktion von 50% gegenüber dem Budget 2023, was einer Kürzung um CHF 16'500 entspricht. Der Budgetposten beträgt neu CHF 27'500. Ich bitte Sie dem Antrag zuzustimmen.

Burkard Thomas, Vizeammann: Ich muss vorwegnehmen, dass es hier um die spezialfinanzierte HPS geht. Das finanziert somit der Kanton und die Gemeinde übernimmt lediglich die Vorfinanzierung. Es handelt sich letztlich um ein Nullsummenspiel für die Gemeinde. Dies als Grundlage des Ganzen.

Wir haben hier eine 1. Tranche von fünf Zimmern, welche es betrifft. Jedes Zimmer kostet – wie bereits vorhin beim Schulhaus Anglikon ausgeführt – ebenfalls ca. CHF 6'500. Hier kommt jedoch noch der Unterstand dazu, welcher ja neu bei der HPS ist. Der ehemalige Fahrradunterstand, welcher ebenfalls neu ausgeleuchtet werden muss, da es sehr dunkel ist dort unten und nun anders genutzt wird. So erreicht man den eingestellten Budgetbetrag von CHF 43'500. Der Gemeinderat bittet Sie den Antrag nicht zu unterstützen. Zumal vorliegend die Gemeinde Wohlen nicht direkt betroffen ist, sondern die Kosten vollumfänglich durch den Kanton Aargau übernommen werden und wir dies lediglich vorfinanzieren. An dieser Stelle würde ich von Ruedi Donat gerne erfahren, wo er diese Informationen bezüglich der Beleuchtung eingeholt hat. Das verstehe ich noch nicht. Von wem haben Sie Auskunft erhalten?

Donat Ruedi, Die Mitte: Thomas Burkard, ich werde meine Informationen so nicht preisgeben. Ich danke für die Information und ziehe den Antrag zurück.

Seite 68, Konto 1.3411.3636.00 Sportpark Bünzmatt AG Betriebsbeitrag gem. Leistungsvereinbarung

Seite 68, Konto 1.3412.3636.00 Sportpark Bünzmatt AG Betriebsbeitrag Eishalle gem. Leistungsvereinbarung

Parvex Olivier, GLP/EVP: Die Ausgangslage ist klar. Der Sportpark Bünzmatt kommt mit der aktuellen Leistungsvereinbarung nicht auf einen grünen Zweig, die Beiträge der Gemeinde sind zu tief. Der Grund dafür ist, dass aus heutiger Sicht, ein unrealistischer Businessplan, welcher bei der Abstimmung für das Schwimmbad und die Eishalle präsentiert worden ist, besteht. Mit der Erhöhung des Beitrags um CHF 452'000 schießt der Gemeinderat jedoch über das Ziel hinaus. Das ist fast eine Verdoppelung des heutigen Betriebsbeitrags.

Betrachtet man die revidierte Rechnung des Geschäftsjahres 2022/2023 des Sportpark Bünzmatt, so sieht man, dass die mit einer roten Null abgeschlossen hat – also mit einem Defizit von CHF 13'000. Es ist die erste normale Saison seit der Eröffnung und darf deshalb als Referenz gelten. Was man jedoch berücksichtigen muss, ist, dass die Gemeinde letzte Jahr noch zusätzliche Gelder im Betrag von insgesamt knapp CHF 290'000, aufgrund der Corona-Aufwendungen, gesprochen hat. Übrigens deutlich weniger als das, was die Verantwortlichen des Sportpark Bünzmatt verlangt haben. Daraus lässt sich somit ableiten, dass mit einer Beitragserhöhung von CHF 302'000 ein positives Jahresergebnis möglich ist. Aus diesem Grund beantragen wir jeweils eine Kürzung um CHF 75'000 für den Betriebsbeitrag beim Schwimmbad und bei der Eisbahn. Wir sind überzeugt, dass die neue, innovative und kompetente Führung des Sportparks Bünzmatt mit dem Geld auskommt. Sollte dies dennoch nicht ausreichen, dann hat die Leitung sicher eine gute Idee zum Sparen oder Geld aufzutreiben. Ein Vorschlag wäre zum Beispiel, dass man für auswärtige Besucher, welche nicht in Wohlen wohnen, den Schwimmbadeintritt erhöht. Dass dies funktioniert, zeigt uns unsere Nachbargemeinde Bremgarten. Ein anderer Vorschlag wäre zum Beispiel, die Eisbahn- oder

Schwimmbadsaison zu verkürzen und so Energie- und Personalkosten einzusparen. Die aktuelle Leistungsvereinbarung schreibt nämlich keine durchgehenden Öffnungszeiten vor. Der Sportpark Bünz matt kann die Eissaison zum Beispiel statt am 1. Oktober auch erst am 31. Oktober starten. Wir sind überzeugt, dass die kompetente und neue Führung des Sportparks Bünz matt eine ausgeglichene Rechnung hinbekommt.

Als letzten Punkt muss noch Folgendes bedenkt werden. Wir sparen jetzt an vielen Orten, an denen es schmerzt. Wir sparen bei Reinigungsmaschinen usw. Da muss auch der Sportpark Bünz matt seinen Beitrag dazu leisten und mit etwas weniger Geld auskommen als im Idealfall gewünscht. Es gibt ja immer noch deutlich mehr als in den vergangenen Jahren. Und mit der abgespeckten Beitragserhöhung besteht in den nächsten Jahren auch keine Gefahr, dass die Sportpark Bünz matt AG die Bilanz deponieren müsste. Es sind immer noch Reserven vorhanden, wenn auch nicht mehr so viel wie zu Beginn. Ich bitte Sie, unserem Kürzungsanträgen zuzustimmen:

- Der Betriebsbeitrag für das Schwimmbad ist um CHF 75'000 von CHF 570'000 auf CHF 495'000 zu kürzen.
- Der Betriebsbeitrag für die Eisbahn ist um CHF 75'000 von CHF 422'000 auf CHF 347'000 zu kürzen.

Dietrich Stefanie, Die Mitte: Oliver Parvex hat bereits vieles gesagt, was unserer Meinung entspricht. Es ist so, dass der Sportpark Bünz matt im Jahr rund CHF 300'00 Verlust schreibt. In einem Jahr haben sie nur CHF 13'000 Verlust geschrieben, aber in diesem Jahr haben sie noch Zahlungen aufgrund der Corona-Pandemie erhalten. Auch damals wäre es eigentlich ein Verlust von CHF 300'000 gewesen. Ich kann Ihnen empfehlen Nadja Koch einzuladen. Der Verwaltungsrat hat sehr spannenden und interessante Lösungsansätze und macht sicher einen sehr guten Job. Trotzdem geht es darum, ein Zeichen zu setzen und etwas einzusparen. Wir hoffen, dass unsere Motion – trotz der Ablehnung der Dringlichkeit – bald zur Behandlung im Einwohnerrat gelangt. Die finanzielle Lage ermöglicht es uns nicht, den Betriebsbeitrag, um fast eine halbe Million zu erhöhen, wie es der Gemeinderat vorschlägt. Damit aber nicht alles aus dem Ruder läuft, stellen wir die folgenden Anträge:

- Betriebsbeitrag Schwimmbad soll um CHF 120'000 gekürzt werden auf neu CHF 450'000.
- Betriebsbeitrag Eisbahn soll um CHF 80'000 gekürzt werden auf neu CHF 342'000.

Vogt Roland, Gemeinderat: Das sind sicher diejenigen Kürzungsanträge, welche die grössten Interessen im Vorfeld dieser Budgetsitzung geweckt haben. In der aktuellen finanziellen Lage der Gemeinde Wohlen ist es wohl nicht einfach, höhere Beiträge zu fordern und auch dem Gemeinderat missfällt die aktuelle Entwicklung des Schüwo Parks. Die Erhöhung der Betriebsbeiträge von gesamthaft CHF 540'000 auf neu CHF 992'000 ist massiv. Dies ist dem Gemeinderat bewusst, aber sie ist notwendig. Tatsache ist, dass der ursprüngliche Businessplan nicht der Realität entspricht. Dies haben wir vom Sprecher der GLP bereits vernommen. Der aktuelle Verwaltungsrat bemüht sich und versucht mit den Aktuellen Transparenz zu schaffen. Anpassungen beim Ertrag, beim Personalaufwand, beim Unterhalt, der Energie, bei der Verwaltung und bei den Abschreibungen sind jedoch zwingend notwendig. Die Erhöhung ist nötig, denn sonst droht eine Unterdeckung und Sanierungsmassnahmen würden benötigt werden. Eine Kürzung von CHF 150'000 oder auch CHF 200'000 ist nicht zielführend und stellt keinen Vertrauensbeweis für den aktuellen Verwaltungsrat dar. Zudem ist die Finanzierung des Neubaus der Eishalle durch die Aktiengesellschaft noch nicht geregelt. Die Bankfinanzierung kommt nur zustande, wenn der gesamte beantragte Beitrag seitens des Parlaments bewilligt wird. Die Finanzministerin hat dies bereits in ihren Eingangsvotum erwähnt. Der Sportpark hat einen Ruf in Wohlen und eine Ausstrahlung im ganzen Kanton. Wenn die Betriebsbeiträge so nicht bezahlt werden und es zu einer Unterdeckung kommt, wäre dies sicher ein schlechtes Zeichen. Lehnen Sie bitte alle Kürzungsanträge ab.

Parvex Olivier, GLP: Ich möchte kurz auf die Aussage von Roland Vogt bezüglich des Bankkredits kommen und dass dieser bei einer allfälligen Kürzung nicht zustande kommen würde. Das ist auch etwas, was man im FGPK-Protokoll hat lesen können. Es tut mir leid, wenn der Gemeinderat dem Einwohnerrat vorwirft, er käme nicht rechtzeitig mit der Information und gebe keine Unterlagen, um die beurteilen zu können. Ich muss hier den Ball zurückspielen. Wir haben das Geschäft in mehreren FGPK-Sitzungen intensiv besprochen. Dass es keinen Bankkredit geben soll, war nie ein Thema. Wir haben dazu keinerlei Unterlagen gesehen. Das war einfach ein Satz im Protokoll. Der Einwohnerrat kann somit nicht auf diese Behauptung eingehen und es soll das Abstimmungsverhalten nicht beeinflussen.

Stäger Dieter, FDP: Ich habe mit der aufgebauten Drohkulisse Mühe. Es wird mit einer Bilanzsanierung gedroht, wenn wir den Betriebsbeitrag nicht sprechen und vielleicht geht der Sportpark Bünzmatt sogar noch Konkurs. Frage in die Runde: wer ist schon wieder Hauptaktionär? Es ist selbstverständlich, dass die Gemeinde Wohlen den Sportpark Bünzmatt nicht Konkurs gehen lässt. Ich würde mir wünschen, dass die Fakten besser auf dem Tisch liegen würden. Ich mag keinem Betriebsbeitrag zustimmen, ohne zu wissen, was eigentlich dahintersteckt. Aus diesem Grund wurde auch die Motion Der Mitte, in Absprache mit uns, eingereicht. Wir sind überzeugt, dass die neue Führung ihr Bestes geben wird. Aber wir müssen der Führung die Zeit geben, sich richtig einzuarbeiten und uns richtig zu informieren. Aus diesem Grund können wir gut damit leben, wenn der Betriebsbeitrag etwas erhöht wird, aber nicht ganz um die halbe Million, wie gewünscht wird. Mit dem Wunsch an die neue Führung der Sportpark Bünzmatt AG, einerseits die unternehmerische Verantwortung wahrzunehmen und dort zu sparen, wo es halt schmerzt, aber wie es jedes andere Unternehmen auch machen muss. Aus diesem Grund haben wir auch eine AG gegründet und haben es nicht einfach als eine Abteilung der Gemeinde weiterlaufen lassen – damit wir das Unternehmische sehen. Zum anderen ist eine Bilanzsanierung gar nicht so schlimm. Es wäre der ehrlichere Weg. Wenn das Aktienkapital einfach abgeschrieben wird, dann behandelt der Einwohnerrat nämlich den entsprechenden konkreten Antrag. Dann wird das Aktienkapital abgeschrieben und wieder erhöht. Das geschieht immer wieder in der Privatwirtschaft, wenn ein Unternehmen in die Schieflage gerät. Ich persönlich mag solche Drohungen nicht. Im Namen unserer Fraktion bitte ich um Zustimmung zur Reduktion des Betriebsbeitrages um CHF 200'000. Wir werden immer noch CHF 300'000 mehr zur Verfügung stellen als bisher.

Vogt Roland, Gemeinderat: Zur Präzisierung möchte ich sagen, dass die externe Finanzierung, welche sich die Sportpark Bünzmatt AG wünscht, erst seit dem August feststeht. Das haben wir vorher nicht gewusst. Der Einwohnerrat muss sich einfach bewusst sein, dass wenn die Kosten, welche wir sprechen, nicht gedeckt werden, dann wird es eine ausserordentliche Generalversammlung geben, einen Antrag an den Gemeinderat geben und schlussendlich muss die Gemeinde trotzdem einschliessen. Das ist korrekt. Die Gemeinde muss so oder so bezahlen, ob sie den Betriebsbeitrag kürzt oder nicht. Man muss berücksichtigen, dass der Einwohnerrat diesem Projekt Eisbahn und Schwimmbad grossmehrheitlich zugestimmt hat. Bei der Bevölkerung hatte es ebenfalls einen hohen Zuspruch erhalten. Das die Betriebsbeiträge nun erhöht werden müssen ist unschön, aber wir müssen diese bezahlen.

Lütolf Harry, Die Mitte: Beim Kürzungsantrag der Betriebsbeiträge handelt es sich nicht um ein Misstrauensvotum gegenüber dem Verwaltungsrat der Sportpark Bünzmatt AG. Der Einwohnerrat mag es einfach nicht, wenn er über das Budget komplexe Vorgänge in dieser AG abhandeln muss. Eigentlich müsste man dies uns mittels einem fundierten Bericht und Antrag unterbreiten. Es geht meiner Meinung nach um höhere jährlich wiederkehrende Ausgaben, welche uns der Gemeinderat vorliegend serviert. Da wäre meiner Meinung nach das Richtige ein Verpflichtungskredit und nicht ein Budgetkredit. Über mehrere Jahre werden uns hier höhere Betriebsbeiträge unterbreitet und wenn dies in einem Bericht und Antrag sauber ausgearbeitet werden würde, dann hätten wir viel mehr Informationen und könnten gestützt darauf seriös entscheiden. Die Verwaltungsrätin Nadja Koch wurde von uns an die Fraktionssitzung eingeladen und sie konnte uns sehr viele Informationen geben. Aber ich bin sicher, dass ein grosser Teil der Einwohnerräte diese Informationen nicht erhalten hat. Spannend war zum Beispiel, dass früher die Reinigung des öffentlich zugänglichen Parks – was ein öffentlicher Auftrag darstellt – durch Werkhofmitarbeiter vorgenommen wurde. Das wurde dann auch über das Werkhof-Budget abgerechnet. Neu wird dies nun jedoch über die AG abgerechnet. Sie mussten für diese Arbeit nun zwei Mitarbeitende einstellen, welche natürlich mehr Auslagen generieren. Uns ist nicht klar, weshalb dies so gehandhabt wird. Wir sind der Ansicht, dass es sich um einen öffentlichen Park handelt und dass die Reinigung eigentlich weiterhin durch den Werkhof erfolgen und entsprechend abgerechnet werden sollte. Diese Themen sauber in einem Bericht und Antrag aufzuarbeiten ist die Sache des Gemeinderates. Dies haben wir entsprechend mit unserer Motion gefordert. Der Gemeinderat sollte den Bericht und Antrag möglichst bald dem Einwohnerrat vorlegen. Wir wollen auch nicht, dass diese AG in die Insolvenz abrutscht. Mit dem beantragten Betrag sollte es eigentlich möglich sein, sich bis zum Vorliegen des Bericht und Antrags zu retten.

Parvex Olivier, GLP: Ich habe eine Frage zur Leistungsvereinbarung an den Gemeinderat. In der FGPK wurde gesagt, dass diese Leistungsvereinbarung noch nicht unterzeichnet ist und es darauf ankommt, in welcher Höhe heute der Betrag gesprochen wird. Wenn nun der Vorstoss Der Mitte hängig ist, was geschieht nun mit der Leistungsvereinbarung? Wird hier zugewartet oder wird diese nach dem heutigen Entscheid einfach unterschrieben?

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Die Leistungsvereinbarung zwischen der Sportpark Bünzmatt AG und der Gemeinde Wohlen wurde im Zuge des Bauprojektes durch den Einwohnerrat genehmigt. Das war ein Bestandteil und wurde im Jahr 2016 genehmigt und trat im Jahr 2018 in Kraft. Die Leistungsvereinbarung

hat eine Mindestlaufzeit von zehn Jahren. Was darin jedoch offen formuliert ist, dass die Beiträge angepasst werden können, sollte sich die Ausgangslage ändern. Es wird somit keine neue Leistungsvereinbarung geben, sondern lediglich eine neue Berechnung über die Betriebskostenbeiträge, welche die Gemeinde für die Leistungen, welche die Sportpark Bünzmatt AG erbringt, zu vergüten hat. Das hat noch nicht stattgefunden und wir warten die Debatte im Einwohnerrat ab. Die Leistungsvereinbarung besteht und muss nicht geändert werden.

Parvex Olivier, GLP: Ich habe gelesen in der Leistungsvereinbarung, dass es eine Frist für Änderungen gibt. Man kann nicht einfach jedes Jahr Änderungen machen. Wie lange gilt der Betriebsbeitrag, welchen wir heute Abend sprechen?

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Das wären die Detailfragen, welche idealerweise vorgängig eingereicht werden würden. Betreffend Anpassungen der Leistungsvereinbarung zitiere ich aus der Leistungsvereinbarung:

«Ändern sich die Voraussetzung oder Rahmenbedingungen können die Parteien die vorliegende Leistungsvereinbarung im gegenseitigen Einvernehmen jederzeit anpassen. Solche Anpassungen bedürfen der Schriftlichkeit und sind der vorliegenden Vereinbarung als Anhang hinzuzufügen.»

Betreffend Kündigung und Dauer:

«Vorliegende Leistungsvereinbarung wird auf unbestimmte Dauer abgeschlossen und kann von beiden Parteien, unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwei Jahren, jeweils auf Ende März oder Ende September jeden Jahres, erstmals nach Ablauf von zehn Jahren nach Unterzeichnung der vorliegenden Leistungsvereinbarung schriftlich gekündigt werden.»

Das ist der genaue Wortlaut.

Abstimmung

Zum Konto 1.3411.3636.00 betreffend Sportpark Bünzmatt AG, Betriebsbeitrag Schwimmbad Bünzmatt.

Die Anträge der GLP (Kürzung um CHF 75'000) und Der Mitte (Kürzung um CHF 120'000) werden einander gegenübergestellt. Der Antrag mit den wenigeren Stimmen scheidet aus.

Antrag GLP (Kürzung um CHF 75'000):	13 Stimmen
Antrag Der Mitte (Kürzung um CHF 120'000):	21 Stimmen
Enthaltungen:	3 Stimmen

(Max Hüsler befindet sich im Ausstand)

Der Antrag Der Mitte (Kürzung um CHF 120'000) obsiegt.

Abstimmung

Der Antrag

Das Konto 1.3411.3636.00 sei um CHF 120'000 zu reduzieren.

wird mit 27 Ja-Stimmen zu 10 Nein-Stimmen angenommen.

(Max Hüsler befindet sich im Ausstand)

Abstimmung

Zum Konto 1.3412.3636.00 betreffend Sportpark Bünzmatt AG, Betriebsbeitrag Eisbahn.

Parvex Olivier, GLP: Wir ziehen unseren Antrag zu Gunsten des Antrags Der Mitte zurück.

Der Antrag

Das Konto 1.3412.3636.00 sei um CHF 80'000 zu reduzieren.

wird mit 27 Ja-Stimmen zu 10 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Seite 69, Konto 1.3420.3144.11 Unterhalt Hochbauten, ausserordentlich

Stäger Dieter, FDP/Dorfteil Anglikon: Es geht offenbar um den Spielplatz an der Bünz in Anglikon. Nach unseren Information hat dieser einen relativ starken Pilzbefall und muss deshalb saniert werden. Wir sind der Ansicht, dass man deshalb nicht gleich einen halbneuen Spielplatz aufstellen muss, sondern dass man dies tatsächlich sanieren kann. Wir sind auch der festen Überzeugung, dass es bei den Anglikern sicher den einen oder anderen Fachmann gibt, der sich auch ehrenamtlich dafür zur Verfügung stellen würde. Auf welchem Weg auch immer man diesen Spielplatz saniert, es muss so durchgeführt werden, dass die Kinder dort gefahrlos spielen können. Hinter diesem Anspruch stehen wir. Trotzdem beantragen wir Ihnen diesen Budgetposten von CHF 37'000, um CHF 17'000 auf neu CHF 20'000 zu kürzen. Auch mit diesem Betrag dürfte noch einiges machbar sein.

Burkard Thomas, Vizeammann: Es geht – wie es Dieter Stäger korrekt gesagt hat – um den Spielplatz in Anglikon, welcher sich an der Bünz befindet. Ein sehr schöner, attraktiver Spielplatz für die Angliker Bevölkerung. Es geht vorliegend um den Spielturm, welcher integral ersetzt werden muss, weil er vom Pilz befallen ist. Er muss abgeräumt werden. Dies wurde vom Beauftragten für Sicherheit, welcher für die Spielplätze zuständig ist, festgestellt. Die Spielplätze werden jedes Jahr begutachtet. Dieses Jahr hat man nun festgestellt, dass dieser Spielplatz saniert werden muss. Es geht um das Herzstück dieses Spielplatzes, den Spielturm. Die Ersetzung dieses Spielturms kostet CHF 37'000. Dieser Betrag wurde in das Budget 2024 dafür eingesetzt. Auf dem Spielplatz gibt es noch einige weitere kleinere Spielgeräte, welche jedoch finanziell nicht ins Gewicht fallen. Sollten wir den Spielturm nicht ersetzen dürfen, dann verliert dieser Spielplatz ganz klar an Attraktivität und er verliert sein Herzstück. Das käme einer Schliessung dieses Spielplatzes gleich. Gleich neben diesem Spielplatz befinden sich die Sitzstufen an der Bünz, welche der Einwohnerrat vor einigen Jahren, bewilligt hat. Das ist ebenfalls eine sehr schöne Attraktion in Anglikon. Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen, diesem Antrag nicht Folge zu leisten.

Stäger Dieter, FDP: Die Spezialisten, welche dies begutachten, die wollen selbstverständlich nur das Beste. Wie immer ist nur das teuerste das Beste. Ich haben noch nie von einem Fachmann gehört, dass man etwas auch nur teilersetzen oder sanft sanieren könnte. Es muss immer gleich alles abgeräumt werden. Als Gemeinde verstehe ich natürlich, wenn ein solcher Fachmann diese Empfehlung abgibt, dass man sich nicht einem Klagerisiko aussetzen möchte. Aus diesem Grund wird immer schön brav umgesetzt, was diese Fachleute sagen. Ich habe es schon oft erlebt, dass eine Spielplatz umgehend geschlossen worden ist, weil ein Experte der Ansicht war, er sei nicht mehr sicher genug. Gegen ein solches Vorgehen muss man sich wehren. Dies geht in das Thema, wie viel Luxus leisten wir uns eigentlich. Muss eigentlich jedes Wort, welches ein Fachmann von sich gibt, eins-zu-eins kritiklos übernommen werden? Ich bin weder Schreiner noch sonst vom Fach, aber ich glaube mit einem guten Willen, kann man dort auch günstigere Lösungen finden. CHF 20'000 ist immer noch ein hoher Betrag. Ich bitte Sie der Kürzung zuzustimmen.

Donat Ruedi, Die Mitte: Ich gebe zu, ich bin nicht sehr IT-Affin, aber mein Kollege Marc Donat hat gerade etwas recherchiert. Er hat auf der Webseite eines der grössten und versiertesten Spielplatzeinrichter genau den gleichen Turm für CHF 9'085 gefunden. Klar kommen noch die Montagekosten dazu. Da sollte der Betrag von CHF 20'000 mehr als ausreichen.

Meier Valentin, SP: Ich bitte Sie, nicht bei unseren kleinsten Bürgerinnen und Bürgern zu sparen. Irgendein ehrenamtlicher Typ, welcher dort etwas werken geht – da ist die Sicherheit für mich nicht gewährleistet. Der «Spielplatz-Papst» – wie man ihn wohl scherzhaft nennt – der schliesst dann den Spielplatz einfach. Dann gibt es diesen einfach nicht mehr. Dies hat einen grossen Einfluss auf die Attraktivität für Familien

und unsere Spielplätze in Wohlen sind ein Politikum und werden im Volksmund oft diskutiert. In diesem Bereich müsste man ohnehin wieder einiges machen. Ich bitte Sie dem Kürzungsantrag nicht zuzustimmen.

Meyer Hans Rudolf, Dorfteil Anglikon: Ich bin als Vertreter des Dorfteils Anglikon hier anwesend und ich kann Ihnen sagen, dass der Spielplatz wirklich sehr oft genutzt wird und ein Treffpunkt für Familien ist. Aber dass der Turm CHF 37'000 kosten soll, das kann ich einfach nicht glauben. Da bin ich froh, hat Marc Donat bereits recherchiert. In Anglikon gibt es mit dem Vogelsang einen guten Holzbetrieb. Wahrscheinlich hat man ihn ja auch nicht für eine Offerte angefragt. Ich bitte Sie, dem Kürzungsantrag zuzustimmen, denn ein Betrag von CHF 37'000 für einen solchen Turm kann es einfach nicht sein.

Burkard Thomas, Vizeammann: Es geht darum, dass wir Normen und Vorschriften einhalten müssen. Der BFU-Verantwortliche kann einen solchen Spielplatz einfach schliessen. Wir haben dies mit dem Spielturn beim Spielplatz Bleichi erlebt. Dort war die Situation ganz ähnlich. Dieser Spielturn war nicht mehr sicher und musste umgehen abgeräumt werden. Wir stehen hier in der Verantwortung. Ich möchte auf die Sicherheit der Kinder hinweisen, das muss uns am Herzen liegen. Die BFU spricht hier mit. Ich möchte Ihnen ans Herz legen, dass Sie diesen Betrag nicht kürzen. Ich möchte auch klar sagen, dass wir die Max Vogelsang AG nicht berücksichtigen können, denn diese Firma ist kein Spielplatzbauer. Das geht nicht, denn die Firma muss die Normen erfüllen, welche für die Spielplätze verlangt werden und gelten. Es werden hier tatsächlich hohe Preise verlangt. Ich bezweifle zudem im höchsten Mass, dass Marc Donat wirklich dasselbe Spielgerät gefunden hat. Im Budgetbetrag enthalten sind das Spielgerät und die gesamten Erstellungs- und Gestaltungskosten. Seit sechs Jahren bin ich Mitglied des Gemeinderates und habe bereits viel Erfahrung mit der Erstellung solcher Spielplätze gewonnen. Wir werden in Kürze den Spielplatz Junkholz, welcher der Einwohnerrat vor ca. zwei Jahren bewilligt hat, realisieren können. Die Preise sind von offiziellen Spielplatzbauern und werden so verlangt. Wir haben uns auf diese Offerten zu stützen.

Bei der FDP geistert der Gedanke herum, dass es noch irgendeinen Hobby-Verein gibt, der solche Spielgeräte hinstellen kann. In der Turmstrasse gab es zudem einen ähnlich gelagerten Fall. Hier hat ein Vater das Spielgerät versucht wieder betriebstauglich zu machen. Das Ergebnis davon war total verkehrt und die Übung musste abgebrochen werden. Das Spielgerät muss abgeräumt und ein neues musste platziert werden. Dies war mir eine Lehre. Die Gemeinde kommt nicht darum herum, einen offiziellen Spielplatzbauer für die Erstellung eines Spielplatzes zu beauftragen. Ich bitte Sie im Namen des Gemeinderates den Kürzungsantrag abzulehnen. Der Betrag von CHF 20'000 reicht für die Erstellung des Spielturns nicht aus.

Christen Peter, SVP: Thomas Burkard hat vergessen zu erwähnen, dass diese Kürzung das Budget auch nicht rettet. Aber es ist immer das Gleiche. Kleine Kühe machen eben auch Mist. Wenn man immer zu allem Ja sagt – und hier haben wir ein gutes Beispiel – dann frage ich mich, wo sich denn der Sparwillen befindet, wenn immer alle zu allem Ja sagen.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 1.3420.3144.11 sei um CHF 17'000 zu reduzieren.

wird mit 27 Ja-Stimmen zu 11 Nein-Stimmen angenommen.

Seite 71, Konto 1.5440.3636.01 Beitrag Verein Jugend und Freizeit Wohlen

Hauri Claudia, SVP: Wir beantragen den jährlichen Beitrag an den Verein Jugend und Freizeit Wohlen, um CHF 15'700 zu kürzen. Im Bericht und Antrag 14144 vom 8. November 2021 wurden jährlich insgesamt CHF 232'500 genehmigt. Im Jahr 2021 haben wir den ursprünglichen Betrag von CHF 180'000 aus dem Jahr 1993 um CHF 27'000 für den Teuerungsausgleich und um CHF 25'500 für die Anpassung an das Bevölkerungswachstum erhöht. Dies ergibt den Gesamtbetrag von CHF 232'500. In der Zwischenzeit gab es keine weiteren Erhöhungen, weder für die Teuerung noch für das Bevölkerungswachstum. Aus diesem Grund beantragen wir eine Kürzung des jährlichen Beitrags an den Verein für Jugend und Freizeit von CHF 15'700 wieder auf den Betrag von CHF 232'500, gemäss dem Bericht und Antrag 14144. Besten Dank für Ihre Unterstützung und Ihre Aufmerksamkeit.

Vogt Roland, Gemeinderat: Im Dezember 2021 hat dieses Parlament höhere Beiträge beschlossen. Dem Einwohnerrat wurde dazumal ein Bericht und Antrag vorgelegt und die Leistungsvereinbarung kam ab dem

1. Januar 2022 zum Tragen. Der Beitrag von CHF 248'200 ist in dieser Leistungsvereinbarung enthalten. Wenn Sie eine solche Kürzung vornehmen möchten, dann müsste folglich die Leistungsvereinbarung angepasst werden. Diese würde allerdings – aufgrund einer einjährigen Kündigungsfrist, jeweils per Ende Jahr – nicht für das Jahr 2024 wirksam werden. Dies wäre frühestens ab dem Jahr 2025 oder sogar erst ab dem Jahr 2026 möglich. Bitte lehnen Sie diese Kürzung ab, da sie für das Jahr 2024 nicht wirksam wäre.

Lütolf Harry, Die Mitte: Ich habe heute schon einige Kürzungsanträge mitgetragen, aber wenn der Gemeinderat recht hat, dann hat recht. Wir müssen uns als Parlament an unsere eigene Regelung halten und an unsere Abstimmungen, welche wir durchgeführt haben. Wir haben im Jahr 2021 einen Bericht und Antrag erhalten und wir haben diesem zugestimmt. Damit haben wir damals klar zum Ausdruck gebracht, dass wir diese Beiträge jährlich entrichten möchten. Wenn man dies ändern will, dann braucht es wieder einen neuen Bericht und Antrag, mit welchem man es wieder sauber regeln kann. Aber einfach über das Budget abwickeln geht nicht. Wir werden das beim Sportpark Bünz matt auch so handhaben müssen. Wir möchten auch dort einen Bericht und Antrag haben und können dann auf diese Art über jährlich wiederkehrende Kosten befinden und Verpflichtungen eingehen. Jetzt aber über das Budget etwas umstossen zu wollen, was das Parlament mit einem Bericht und Antrag beschlossen hat, das geht so nicht.

Hauri Claudia, SVP: Wir sehen dies genau gleich wie Harry Lütolf. Was mich einfach erstaunt ist, dass im Budgetbericht auf Seite 25 steht, dass es um den Bericht und Antrag 14144 geht und diesen habe ich vor mir und darin ist ein Betrag von CHF 232'500 aufgeführt. Aus diesem Grund bin ich erstaunt. Aber wenn der Einwohnerrat noch etwas Nachträgliches und Zusätzliches zu diesem Betrag beschlossen hat, dann ist dies für uns klar.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich kann das Rätsel lösen. Der Einwohnerrat hat nicht nachträglich etwas genehmigt, sondern vorgängig mit dem Bericht und Antrag 12132 aus dem Jahr 2013. Damit hat der Einwohnerrat das Konzept für die politische Bildung bei Jugendlichen inkl. der wiederkehrenden Kosten verabschiedet. Das ist das Delta der CHF 15'700, welches in dieser Berechnung fehlt. Es handelt sich um zwei Beschlüsse des Einwohnerrates gefasst hat. Auch wenn Sie dieser Kürzung zustimmen, dann ist es für das Budget 2024 nicht umsetzbar. Dementsprechend würde diese Budgetposition überschritten werden. Bitte lehnen Sie diesen Antrag ab.

Hauri Claudia, SVP: Aufgrund der neuen Ausgangslage ziehen wir den Kürzungsantrag zurück.

Christen Peter, SVP: Obschon wir den Antrag zurückgezogen haben, können Sie sich versichert sein, dass von der Seite SVP eine Motion kommen wird, welche zum Zweck haben wird, diesen Verein ganz genau anzuschauen.

Seite 71, Konto 1.5450.3130.00 Dienstleistungen Dritter

Zingg Lionel, FDP: Es geht vorliegend um die Beiträge an die Pro Senectute. In der Rechnung 2022 ist ein Aufwand von CHF 67'000 und im Budget 2023 ein Aufwand von CHF 60'000 aufgeführt. Im aktuellen Budget 2024 hat man den Betrag auf CHF 72'500 erhöht. Mein Antrag orientiert sich auf den Aufwand aus dem Jahr 2022. Es ist aus unserer Sicht nicht erklärbar, weshalb es jetzt eine so deutliche Steigerung geben soll. Der Antrag lautet, dass man diese Position um CHF 5'000 auf neu CHF 67'500 reduziert. Klar, es sind wieder «nur» CHF 5'000, aber viele kleine Beträge machen am Ende auch viel aus. Ich bitte Sie dem Antrag zuzustimmen.

Vogt Roland, Gemeinderat: Zur Präzisierung kann ich Ihnen sagen, dass es vorliegend nicht um die Pro Senectute geht, sondern es geht um das Familiengericht. Es handelt sich wohl um einen Fehler. Der Antragssteller möchte eine Reduktion von CHF 72'500 auf CHF 67'500. Wir können die vom Familiengericht zugewiesenen Fälle nicht steuern oder beeinflussen. Für das Jahr 2023 wurden sportliche CHF 60'000 budgetiert. In der Zwischenzeit liegt für das Jahr 2023 der Stand bei über CHF 100'000. Diese Ausgaben für angeordnete Massnahmen (Familienbegleitungen) vom Familiengericht müssen wir einfach bezahlen. Wir können diese nicht bestimmen. Die Ausgaben variieren je nach Fall und nach Anzahl der Fälle. Mit dem steigenden Bevölkerungswachstum kann man davon ausgehen, dass diese Zahlen weiter ansteigen werden und sicher nicht zurückgehen werden. Ich bitte Sie den Antrag abzulehnen. Der Betrag von CHF 72'500 wird wohl kaum ausreichen, denn schon im diesem Jahr werden die Kosten höher ausfallen – dies kann ich Ihnen jetzt schon sagen.

Zingg Lionel, FDP: Wir ziehen den Kürzungsantrag zurück.

Seite 71, Konto 1.5450.3637.01 Familienergänzende Kinderbetreuung

Stäger Dieter, FDP/Dorfteil Anglikon: Das Konto betrifft diejenigen, welche ihre Kinder in die Kita bringen oder die Tagedstrukturen der Schule nutzen. Je nach steuerbarem Einkommen, kann man einen Anteil der Kosten bei der Gemeinde zurückverlangen. Zweifelsohne ist dies eine gute Sache. Wir haben den Eindruck, als habe die Gemeinde Wohlen eher grosszügige Tarife – dieses Thema könnte man allenfalls einmal mit einem Vorstoss aufgreifen. Wir haben zudem den Eindruck, dass es sich um ein sehr kompliziertes Werk handelt. Aber vor allem gibt es darin auch die Möglichkeit Beiträge zurückzufordern. Nämlich dann, wenn sich herausstellt, dass das einmal angenommene steuerbare Einkommen inzwischen und längst deutlich höher ist. Dann wären solche Beträge zurückzuerstatten. Wir sind überzeugt, dass hier noch einiges Potenzial vorhanden ist, wenn man dies konsequent machen würde. Wir stellen deshalb den Antrag, dass diese Position von CHF 710'000 um CHF 100'000 auf neu CHF 610'000 zu kürzen ist. Das soll auch ein Signal an diejenigen Personen sein, welche diese Beträge bei der Gemeinde einfordern. Sie sollen etwas zurückhaltender sein und auch von sich auskommen, wenn sich ihr steuerbares Einkommen erhöhen sollte. Es ist ein Thema, mit welchem ich mich beruflich auseinandersetze. Hier weiss ich, um was es geht. Ich bin überzeugt, dass hier viel Potenzial vorhanden ist und bitte Sie im Namen unserer Fraktion um Ihre Zustimmung zum Kürzungsantrag.

Vogt Roland, Gemeinderat: Es gibt zu diesem Thema eine sehr gute Erklärung und zwar auf Seite 25 des Budgets 2024 steht Folgendes:

«Das KiBeG, welches am 1. August 2018 in Kraft trat, bezweckt die Erleichterung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Erziehungsberechtigten tragen die Kosten der familienergänzenden Kinderbetreuung. Die Wohnsitzgemeinde beteiligt sich nach Massgabe der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Erziehungsberechtigten. Am 14. Mai 2018 genehmigte der Einwohnerrat die Revision des Kinderbetreuungsreglements.»

Der Gemeinderat hat dieses Geschäft mittels Bericht und Antrag dem Einwohnerrat unterbreitet. Der Einwohnerrat hat dem Reglement dazumal zugestimmt. Es ist klar, es waren nicht alle jetzigen Einwohnerräte damals schon im Amt. Ich möchte Sie bitten, den Antrag abzulehnen. Vorliegend gibt es laufende Verträge mit Eltern, den Kitas und den Tagesstrukturen. Wenn man eine Änderung festlegen würde, hätte dies frühestens nach den Sommerferien Wirkung, da bereits Beträge gesprochen sind. In einem halben Jahr CHF 100'000 zu kürzen ist kaum möglich. Man muss feststellen, dass im Jahr 2018 der Einwohnerrat einer jährlichen wiederkehrenden Verpflichtung von CHF 740'000 zugestimmt hat. Dieser Betrag wurde bisher noch nicht vollständig benötigt. Die Kosten waren immer niedriger.

Die Erleichterung der Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf ist etwas, was dem Gemeinderat sehr wichtig ist. Tendenziell kommen die einkommensschwachen Familien zu diesen Leistungen. Wenn man diesen Familien die Leistungen kürzt, dann könnten stattdessen die Kosten für die Sozialhilfe ansteigen, die Attraktivität für Familien sinkt, die Eigenleistung für die Betroffenen wird höher und es lohnt sich allenfalls nicht mehr, arbeiten zu gehen und dies bedeutet wiederum weniger Steuereinnahmen für die Gemeinde – das wollen wir ja auch nicht. Ich bitte Sie den Kürzungsantrag abzulehnen. Da wäre am falschen Ort gespart.

Abstimmung

Der Antrag

Das Konto 1.5450.3637.01 sei um CHF 100'000 zu reduzieren.

wird mit 16 Ja-Stimmen zu 21 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Seite 72, Konto 1.6150.3120.01 Ver- und Entsorgung

Büchi Roland, SVP: Die Erhöhung bei diesem Konto ergibt für uns keinen Sinn, deshalb stellen wir den Antrag wieder zurück auf das Niveau von 2023 und zwar von CHF 136'000 auf neu CHF 120'000, also eine Einsparung von CHF 16'000.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Das kann man tatsächlich sparen, wenn man die Strassenlampen noch früher abstellt. Es geht hier nämlich um die Stromkosten, welche für die Beleuchtung der Gemeindestrassen anfallen. Auch diese unterliegen der Teuerung bzw. den neuen Preisen für die Energie und dies entspricht der Berechnung, welche wir inkl. der Abschaltmassnahmen erhalten haben, welche bereits vorgenommen wurden. Diese Position können wir nicht erfüllen oder nur mit noch mehr Abschaltzeiten. Das Thema ist aber sonst schon sehr umstritten. Ich bitte Sie dem Antrag nicht zuzustimmen.

Abstimmung

Der Antrag

Das Konto 1.6150.3120.01 sei um CHF 16'000 zu reduzieren.

wird mit 20 Ja-Stimmen zu 18 Nein-Stimmen angenommen.

Seite 73, Konto 1.6150.3132.00 Honorare externer Berater, Gutachter

Christen Peter, SVP: Für die Dienstleistungen Dritter betreffend unserer Gemeindestrassen wurde im Jahr 2022 CHF 149'410 ausgegeben. Für das Budget 2023 wurde CHF 125'000 eingestellt und für das Budget 2024 sind bereits CHF 200'000 geplant worden. In Anbetracht der sehr unschönen finanziellen Lage unserer Gemeinde ist dieser Betrag zu viel. Wir wissen bereits jetzt, dass die Kosten für die Büttikerstrasse/Untere Farnbühlstrasse Süd, von CHF 30'000 nicht anfallen werden – dies haben wir an der letzten Einwohnerratssitzung erfolgreich verhindert. Weitere CHF 45'000 könnten hier mit Sicherheit – wenn der Wille vorhanden ist – noch gespart werden. Unser Kürzungsantrag lautet wie folgt: Die Honorare externer Berater und Gutachter sind um CHF 75'000 zu kürzen auf neu CHF 125'000. Dieses Mal ist es ein richtiger Betrag, welcher man merkt – Thomas Burkard. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Wir bitten Sie den Antrag abzulehnen. Die Aussage von Peter Christen ist falsch. Dass keine Kosten für die Büttikerstrasse/Untere Farnbühlstrasse Süd anfallen stimmt nicht. Das ist ein anderer Abschnitt. Wenn man den Bericht und Antrag – welcher an der letzten Einwohnerratssitzung abgelehnt worden ist – richtig gelesen hätte, dann wüsste man, dass es um die Untere Farnbühlstrasse Mitte ging. Das ist der neue Abschnitt von der Friedhofstrasse bis zur Überbauung der SBB. Aus diesem Grund ist diese Aussage falsch. Selbstverständlich können Sie hier Kürzungen vornehmen. Ich möchte Sie jedoch einfach daran erinnern, dass die Gemeinde Wohlen über ein Gemeindestrassennetz von 77 km verfügt. Man rechnet damit, dass man eine Strasse alle 80 Jahre sanieren muss. Man muss kein grosser Rechnungskünstler sein, um zu merken, dass man pro Jahr ca. 1 km Gemeindestrasse sanieren muss, damit man im Unterhaltsrhythmus bleibt. Wenn man dies nicht macht, dann läuft man in ein Unterhaltsproblem hinein. Die Gelder bei dieser Position sind für die Vorarbeiten für alle Bauprojekte gedacht. Wenn man diese nicht vorbereiten kann, dann wird es folglich keinen Verpflichtungskredit geben und die Strassen werden entsprechend nicht saniert. Dies führt unweigerlich zu einem stärkeren Hintertreffen für die Gemeinde. Man kann behaupten, was man möchte, aber die Gemeinde Wohlen hat tatsächlich ein Problem, weil die Unterhaltsarbeiten in den vergangenen Jahren nur ungenügend wahrgenommen wurden. Dies ist insbesondere bei den aufgeführten Strassen der Fall.

Dann gibt es noch Sachen, welche wir nicht vorhersehen können, wie grosse Bauprojekte, bei welchen es beispielsweise eine Anpassung des Strassenrandes oder des Trottoirs gibt und die sinnvollerweise mit dem Bauvorhaben gemacht werden.

Dann gibt es noch die Strassenbelagsuntersuchung, die polyzyklischen aromatische Kohlenwasserstoffuntersuchung, die sogenannte PAK. Diese Untersuchungen müssen wir machen. Es handelt sich dabei um Schadstoffe, welche sich in der Strasse befinden. Diese Untersuchungen müssen vor einer Entsorgung gemacht werden.

Wenn Sie einer Kürzung zustimmen, dann können wir unserer Unterhaltspflicht im Strassenbau nicht mehr nachkommen. Es hilft weder der heutigen Generation noch der kommenden Generation, wenn man hier eine Kürzung vornimmt. Aus diesem Grund bitte ich Sie den Antrag abzulehnen.

Donat Ruedi, Die Mitte: Der Gemeindeammann Arsène Perroud hat mir soeben das Stichwort gegeben. Der Betrag von CHF 45'000 für die Sanierung einer Strasse einzusetzen, bei welcher ein Bauprojekt bei

der SBB ansteht, macht nun wirklich keinen Sinn. Diese Strassensanierung kann man realisieren, wenn das Bauprojekt realisiert ist.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Auf die Gefahr hin, dass ich mich wiederhole. Es geht hier um die Planung und die Vorarbeiten damit man überhaupt ein Bauprojekt hat. Es werden keine konkreten Sanierungsmassnahmen getätigt, sondern es handelt sich um die Planerarbeiten. Wenn man diese Arbeiten nicht macht, dann kommt nie ein Projekt. Es wird keinen Franken in eine Strasse investiert, bei welcher nicht ohnehin eine Gesamtsanierung ansteht. Wir haben nicht nur bei den Gebäuden einen grossen Sanierungsbedarf, sondern auch insbesondere bei den Strassen. Wenn wir diese Projekte nicht vorbereiten können, dann können wir sie auch nicht umsetzen.

Stäger Dieter, FDP: Vielleicht ist dies ja genau die Absicht. Diese Abteilung sei immer überlastet – jedenfalls wurde uns dies immer wieder gesagt. Aus diesem Grund hat man mehr Stellen gebraucht. Vielleicht müssen wir das Tempo etwas aus diesen Sanierungen rausnehmen. Wenn wir das Geld nicht mehr haben, dann muss man irgendwo Abstriche machen. Gerade solche Sanierungen kann man auch hinausschieben. Das muss nicht jetzt zwingend gemacht werden. Bei den Gebäuden ist es etwas anderes. Hier bin auch dafür, dass man den Unterhalt richtig und regelmässig macht, aber bei den Strassen kann man auch das eine oder andere Jahr zuwarten. Es ist klar, wenn Honorare budgetiert sind, dann werden diese in der Regel auch verbraucht. Dann beauftragt man die externen Unternehmungen mit den Planungsaufgaben. Ich bitte Sie diesem Kürzungsantrag zuzustimmen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich muss dies einfach berichtigen. Wir befinden uns bezüglich Unterhalt bei den Strassen massiv im Rückstand. Dies an den verschiedensten Orten und wir müssen wirklich vorwärts machen. Es sind nicht sehr viele Projekt auf der Liste. Sie sind leistbar, sonst würden sie nicht in diesem Umfang aufgeführt werden. Es wird mit einer Verschiebung kein Franken gespart. Das habe ich bereits an der letzten Einwohnerratssitzung ausgeführt. Es laufen stattdessen Mehrkosten auf, weil man Notfallmassnahmen machen muss. Es gibt Mehrkosten, weil man grössere Investitionen machen muss, als eigentlich ursprünglich notwendig gewesen waren. Wenn dies der Wille des Einwohnerrates ist, dass man einfach den Unterhalt nicht mehr macht und die Strassen verlottern lässt, dann nehmen wir das so zur Kenntnis und setzen das so um. Aber ich muss Sie als Gemeindeammann darauf hinweisen, dass wir einen grossen Unterhaltsstau und ein grosses Defizit haben. Bei den Strassen sieht man es manchmal nicht, weil sie oben schön aussehen, aber das Problem befindet sich immer in der Tiefe, wo sie oftmals auseinanderbrechen. Das sieht man dann in der Regel nicht. Es geht darum, ob man die Kernaufgaben – das zur Verfügung stellen einer funktionierenden Infrastruktur – einer Gemeinde wahrnimmt oder nicht.

Abstimmung

Der Antrag

Das Konto 1.6150.3132.00 sei um CHF 75'000 zu reduzieren.

wird mit 19 Ja-Stimmen zu 19 Nein-Stimmen und Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt.

Seite 73, Konto 1.6150.3141.04 Unterhalt, Verbesserung Velo-, Fussgängeranlagen

Zingg Lionel, FDP/Dorfteil Anglikon: Hier geht es um den Wanderweg «Harzrüti». Dieser liegt in der Nähe, wo ich wohne, und ich kann Ihnen versichern, dass dieser Wanderweg – so wie er heute aussieht – nicht sanierungsbedürftig ist. Klar es wächst auf der Seite an einigen Stellen Löwenzahn. Ich kann dort problemlos mit Turnschuhen über den Wanderweg laufen und eigentlich müsste man über einen Wanderweg mit Wanderschuhen laufen können. Aus diesem Grund stelle ich der Kürzungsantrag, den Betrag von CHF 38'000 um CHF 28'000 auf total CHF 10'000 zu reduzieren.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Es geht hier selbstverständlich nicht nur um den Wanderweg beim Harzrüti, sondern es betrifft verschiedene Massnahmen – häufig Kleinmassnahmen, wie Signalisation, Verbesserung von Fussgänger- und Fahrradquerungen usw. Es sollen Schwachstellen im Langsamverkehr aufgehoben und verbessert werden. Wenn Sie dem Kürzungsantrag zustimmen, dann werden folglich weniger Verbesserungen vorgenommen. Das ist aber wieder eine typische Position – Sie sparen keinen Franken, sondern Sie verschieben es einfach auf das nächste Jahr. Die Antragsstellung würde dann einfach in einem Jahr wieder erfolgen.

Abstimmung

Der Antrag

Das Konto 1.6150.3141.04 sei um CHF 28'000 zu reduzieren.

wird mit 22 Ja-Stimmen zu 16 Nein-Stimmen angenommen.

Seite 74, Konto 1.6220.3631.00 Beiträge an den Kanton

Büchi Roland, SVP: Bei diesem Konto ist ein Betrag von CHF 25'000 enthalten. Es handelt sich um eine neue Position. Gerne möchte ich wissen, für was dieser Betrag verwendet werden soll. Es soll an den Kanton gehen, ist es ein Weihnachtsgeschenk?

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Es handelt sich um den Beitrag der Gemeinde an den Versuchsbetrieb für zusätzliche Buslinien. Hier beteiligt sich die Gemeinde mit ca. einem Viertel der Gesamtkosten. Wenn sich die Buslinien in den ersten drei Jahren bewährt, dann geht sie zu Lasten des Kantons.

Seite 76, Konto 1.7690.3130.01 Energiepolitische Projekte

Hauri Claudia, SVP: Wir beantragen, dass die die Ausgaben für die energiepolitischen Projekte, wie Bike to work, Energyday, Veranstaltungen etc., sowie die Kosten für den Energierichtplan, Teil 1 – Grundlagen/Wärmekataster, zu halbieren sind. Im Jahr 2022 sind noch CHF 7'301.90 ausgegeben worden. Im Budget 2023 wurden bereits CHF 15'000 eingeplant und im Budget 2024 CHF 20'000. In Anbetracht der im Moment wirklich angespannten finanziellen Lage, beantragen wir diese Kosten zu halbieren bzw. um CHF 10'000 auf neu CHF 10'000 zu kürzen. Besten Dank für Ihre Unterstützung und Aufmerksamkeit.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich bitte Sie dem Antrag nicht zuzustimmen. Die Erhöhung vom Jahr 2022 zum Budgetjahr 2024 ist dahingehend begründet, das die Erarbeitung des Energiekataster erst im letzten Jahr begonnen hat. Es geht vorliegend um wichtige Grundlagenarbeit. Es liegen zudem vom Einwohnerrat überwiesene energiepolitische Motionen vor. Diese müssen wird auch umsetzen können. Die Gemeinde ist in diesem Thema verpflichtet, Leistungen zu erbringen, Grundlagenarbeiten zu machen, damit die entsprechenden Anpassungen, im Zuge der Gesamtrevision Nutzungsplanung und der Energieplanung, erfolgen können. Eine Kürzung des Beitrages um die Hälfte führt faktisch dazu, dass wir das nicht mehr umsetzen können. Die energiepolitischen Projekte «Bike to work» usw. – das sind ganz viele Kleinkpositionen, welche weniger ins Gewicht fallen. Aber wenn wir das Thema vom Wärmekataster und Energierichtplan nicht aktiv bearbeiten können, dann werden wir zukünftig ein Problem haben. Aus diesem Grund bitte ich Sie, diesem Antrag nicht zuzustimmen.

Abstimmung

Der Antrag

Das Konto 1.7690.3130.01 sei um CHF 10'000 zu reduzieren.

wird mit 21 Ja-Stimmen zu 17 Nein-Stimmen angenommen.

Seite 74, Konto 1.6152.4240.02 Ertrag P+R-Tiefgarage

Lütolf Harry, Die Mitte: Es geht vorliegend um Einnahmen und nicht um Ausgaben. Der Gemeinderat hat Erträge für das nächste Jahr von CHF 80'000 budgetiert. Wir beantragen eine Erhöhung von CHF 80'000 auf CHF 100'000. Dies soll nicht mittels Erhöhung der Parkgebühren erfolgen – wir haben hier ja noch eine Motion in der Pipeline, welche genau das Gegenteil fordert, sondern, wenn man einmal die Parkgebühren reduzieren würde – das ist zumindest unsere Theorie – dann wird insgesamt die Belegung dieser Garage zunehmen. Wie auch immer es der Gemeinderat bewerkstelligen möchte, wir sind der Meinung, dass man die Einnahmen erhöhen kann. Aus diesem Grund fordern wir diese Position um CHF 20'000 zu erhöhen. Dies steigert den Druck auf den Gemeinderat etwas, sodass er seine Anstrengungen verstärken muss.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Sie können diesem Antrag natürlich zustimmen. Sie können den Betrag auch auf CHF 200'000 erhöhen oder irgendwie hoch. Es handelt sich hier um eine Position, bei welcher wir noch wenig Erfahrungswerte haben. Das Ganze muss sich hier erst noch einpendeln. Die Aussage des Sprechers der Mitte ist etwas gegensätzlich der Motion, welche sie eingereicht haben. Der Gemeinderat muss dann sicher sein Vorgehen besprechen. Ob der Ertrag erzielt werden kann, wird dann die Rechnung 2024 zeigen.

Abstimmung

Der Antrag

Das Konto 1.6152.4240.02 sei um CHF 20'000 zu erhöhen.

wird mit 19 Ja-Stimmen zu 13 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen angenommen.

Seite 78, Konto 1.8500.3130.00 Standortförderung

Meyer Hans Rudolf, Dorfteil Anglikon/FDP: Diese Position ist in der Rechnung 2022 mit knapp CHF 10'000 belastet worden. In unserer finanziellen Situation muss man auch auf etwas verzichten können und nur die notwendigsten Ausgaben tätigen. Die Standortförderung gehört definitiv nicht dazu. Wir beantragen deshalb den Betrag von CHF 20'000, um CHF 10'000 zu kürzen, auf das Niveau der Rechnung 2022 auf neu CHF 10'000. Ich bitte Sie dieser Kürzung zuzustimmen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Dieses Votum von der Wirtschaftspartei ist überraschend. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass sich die Gemeinde, was die Standortförderung betrifft, bereits auf dem absoluten Minimum befindet. Wir sollten eigentlich viel mehr machen können, haben jedoch die entsprechenden Mittel nicht. Das, was wir hier machen, beschränkt sich eigentlich auf das jährliche Wirtschaftstreffen der Unternehmerinnen und Unternehmer der Gemeinde Wohlen. Wir wollten die Aktivitäten eigentlich eher ausbauen. Aber wenn dies nicht gewünscht ist, dann bitte ich Sie auch keine Vorwürfe mehr zu machen, dass der Gemeinderat nichts für die Standortförderung unternimmt. Ich bitte Sie den Antrag abzulehnen.

Abstimmung

Der Antrag

Das Konto 1.8500.3130.00 sei um CHF 10'000 zu reduzieren.

wird mit 20 Ja-Stimmen zu 18 Nein-Stimmen angenommen.

Seite 83 Artengliederung 3010 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals

Heinrich Daniel, Die Mitte: Wie Sie alle wissen, bin ich ein Unternehmer und habe einen Betrieb. Ich habe jedes Jahr Lohndiskussionen. Ich bin einem grossen Verband angeschlossen, welcher mit den Gewerkschaften Syna und Unia zusammenarbeiten muss. Ich muss die Lohndiskussionen führen, was die Mitarbeiter von diesem Verband erhalten. Wir haben dieses Jahr unseren Mitarbeitenden eine bestimmte Summe gesprochen. Ich stelle den Antrag, dass eine generelle Lohnerhöhung, bis CHF 90'000 Bruttojahreslöhne je Jahr auf der Basis von 100% Beschäftigung gesprochen wird. Die Lohnerhöhung in dieser Stufe soll CHF 125 pro Monat betragen. Restliche Einsparungen sind zu erzielen, indem bei den folgenden Gruppen zu kürzen ist: Individuelle leistungsbezogene Anpassungen, strukturell bedingte Anpassungen der Lohnsumme oder Stundenlohn. Die Entscheidungskompetenz liegt beim Gemeinderat. Das Ziel ist es, gesamthaft CHF 200'00 zu sparen. Budgetiert ist ein Betrag von CHF 424'000 abzüglich CHF 200'000 ergibt neu ein Budgetbetrag von CHF 224'000.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich habe diese Ausführungen bereits im Detail anlässlich der FGPK-Sitzung gemacht. Im Personalreglement, welches durch den Einwohnerrat beschlossen wurde, ist der Mechanismus dargestellt und festgelegt, wie Gehaltsanpassungen vorzunehmen sind. Der Gemeinderat beantragt im Rahmen des Budgets diese Anpassungen. Dort haben wir folgende Faktoren anzuschauen:

- Lebenshaltungskosten
- allgemeine wirtschaftliche Situation
- Arbeitsmarktlage

Aktuell beläuft sich die Teuerung – also die Lebenshaltungskosten – bei 2.2%. Das ist auch die Erhöhung, welcher der Grosse Rat des Kantons Aargau beschlossen hat. Im Budget 2024 hat der Gemeinderat jedoch lediglich einen generellen Teuerungsausgleich von 1.5% vorgesehen, also befinden wir uns bereits unter der effektiven Teuerung. Daraus ergibt sich schlussendlich für die Mitarbeitenden ein Reallohnverlust. Wenn man schaut, wie sich die BIP-Prognose entwickelt, sieht die wirtschaftliche Lage eigentlich positiv aus. Für das Jahr 2024 liegt diese Prognose bei +1.2%. Die Arbeitsmarktlage im Gemeindefachbereich ist sehr angespannt. Dort tragen wir eine grosse Verantwortung. Der Antragssteller begründet seinen Antrag mit den schlechten Gemeindefinanzen. Der Zustand der Gemeindefinanzen stellt jedoch im Personalreglement kein zu berücksichtigendes Kriterium dar. Die Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung haben alle einen Arbeitsvertrag unterzeichnet, bei welchem das Personalreglement als integraler Bestandteil gilt. Der Antrag des Regierungsrates für die Kantonsangestellten lag bei 2.2% und wurde so auch genehmigt. Die Gemeinde hat zunehmend mit dem Fachkräftemangel zu kämpfen. Eine Null-Runde, wie sie teilweise vorgeschlagen wird, schadet schlussendlich der Arbeitgeberqualität der Gemeinde Wohlen und sie widerspricht dem geltenden Personalreglement. Sie müssen sich als Einwohnerrat also überlegen, wie Sie mit den Mitarbeitenden, welche sich im Dienst der Gemeinde befinden, umgehen wollen.

Auf den Vorschlag von Daniel Heinrich zurückkommend, ist dieser nicht umsetzbar. Sein Vorschlag sieht vor, lediglich die unteren Löhne anzuheben. Die Teuerung hat eine generelle Anpassung der Lohnbänder zur Folge. Das kann man nicht einfach nur bei einzelnen Lohnbändern machen. Der einzige Weg wäre, nur individuelle Anpassungen vorzunehmen, was dann aber dazu führen würde, dass das ganze System aus dem Gleichgewicht geraten würde. Die individuellen Anpassungen sind aber bereits heute so ausgelegt, dass sich die tieferen Löhne schneller und besser entwickeln als die höheren Löhne. Das ist auch richtig so. Wenn wir weiterhin die Systempflege vernachlässigen, so wie es in den vergangenen Jahren oftmals der Fall war, indem keine generelle Anpassungen erfolgten, dann fällt das System noch mehr aus den Fugen. Wir haben mittlerweile grosse Schwierigkeiten die Einstufungen vorzunehmen, sodass sie der Arbeitsmarktlage entspricht. Wir stossen an die Grenze der sachgerechten Einreihung der Mitarbeitenden. Der Antrag mit einer Kürzung von CHF 200'000, so wie er formuliert ist, entspricht plus/minus einer Nullrunde beim generellen Anteil. Ein Betrag von rund CHF 71'000 steht für die individuelle Erhöhung zur Verfügung, CHF 71'000 für die strukturelle Erhöhung und bei den Stundenlohn-Ansätzen müssen wir auch etwas machen. Die Reinigungsmitarbeitenden im Stundenlohn der Gemeinde Wohlen erhalten derzeit etwas weniger als den Mindestlohn. Dort müssen wir Anpassungen machen, weil wir sonst zu tief sind. Das ist nicht gerade ein Ruhmesblatt für die Gemeinde. Der Antrag läuft darauf hinaus, dass dem Personal kein Teuerungsausgleich zugesprochen wird. Auch mit Einzelanpassungen ist dies nicht umsetzbar. Es läuft auf eine Nullrunde hinaus.

Die Gemeinde Wohlen hat im letzten Jahr eine Teuerung von 2% gesprochen, weil sie 2% betragen hat. In den vergangenen Jahren, als die Teuerung 0% betragen hat, wurden auch immer 0% gesprochen. Wir erachten es nicht als legitim gegenüber allen Mitarbeitenden, wenn man in diesen Jahren, in welchen die Teuerung 0% beträgt, keine Erhöhung macht und wenn dann die Teuerung da ist, gibt man auch nichts. Das ist nicht richtig. Sie müssen sich Gedanken machen, welches Zeichen der Einwohnerrat den Mitarbeitenden der Gemeinde Wohlen aussendet. Die Mitarbeitenden der Gemeinde Wohlen sind nicht die Ursache der knappen finanziellen Ressourcen, welche die Gemeinde Wohlen hat – ganz im Gegenteil, denn sie schauen, dass die Ressourcen sinnvoll und zielgerichtet eingesetzt werden. Dementsprechend bitte ich Sie den Antrag abzulehnen und den vom Gemeinderat bereits reduzierten Antrag anzunehmen.

Meier Valentin, SP: Nochmals in aller Deutlichkeit. Es sind nicht irgendwelche Verwaltungsangestellten oder Bürolistinnen oder Bürolisten. Es sind unsere Angestellten der Gemeinde Wohlen und das muss uns etwas Wert sein. Ein kleiner Ausflug in das Jahr 2024. Die Krankenkassenprämien steigen im Durchschnitt um 8.7% an. Die Mieten – Sie haben es mitbekommen im Juni stieg der Referenzzinssatz von 1.25% auf 1.5% und ab dem Dezember sogar auf 1.75%. Der Strom wurde im Jahr 2023 um 27% teurer, für das Jahr 2024 werden weitere 18% erwartet. Der ÖV steigt um 3.7%. Die Mehrwertsteuer steigt um 0.4% und auch die Lebensmittel um 0.1%.

Der Kanton Aargau hat den Teuerungsausgleich von 2.2% gesprochen und wir fordern bescheidene 1.5%. Ich möchte Sie bitten, diesen Kürzungsantrag zugunsten unseren Mitarbeitenden nicht zu unterstützen und die Erhöhung von 1.5% zu genehmigen.

Lütolf Harry, Die Mitte: Unabhängig wie Sie sich zu diesem Antrag in der Abstimmung entscheiden werden, möchte ich darauf hinweisen, dass man nicht darauf referenzieren soll, was der Kanton seinen Angestellten im nächsten Jahr bezahlen wird. Wir haben es mehrmals gehört, der Kanton hat 2.2% beschlossen, aber meiner Meinung nach hat er hier zu hoch gegriffen. Das SECO, das Staatssekretariat für Wirtschaft, hat die letzten Zahlen am 20. September publiziert. Zu diesem Zeitpunkt gingen sie von 1.9% für das kommenden Jahr aus – also auch unter 2.2%, welche der Kanton nun ausrichtet. In den letzten Tagen – Sie haben es sicher in den Medien gelesen – haben Chefökonom von verschiedenen Banken, insbesondere von der UBS, eine deutliche Reduktion der Teuerung prognostiziert. Der Chefökonom der UBS rechnet für das nächste Jahr noch mit 1.6%. Mit dem Vorschlag des Gemeinderates von 1.5% liegen wir somit völlig gut im Range für das kommende Jahr und müssen uns nicht schämen gegenüber unseren Gemeindeangestellten. Selbstverständlich schätzen wir unsere Mitarbeitenden. Ich denke alle können mit 1.5% auskommen und es wird in etwa die Teuerung vom Jahr 2024 ausgleichen. Wir sind nicht knauserig mit diesen 1.5%.

Büchi Roland, SVP: Gerne möchte ich wissen, wie hoch die Anpassung des im Stundenlohn angestellten Personals ausfallen wird.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich kann Ihnen keine konkreten Angaben machen. Es ist eine Anpassung auf den Mindestlohn angedacht. Wenn Sie diese Angaben möchten, dann kann ich Sie Ihnen nachliefern.

Heinrich Daniel, Die Mitte: Wir ziehen unseren Antrag zurück. Wir deponieren jedoch ganz klar, dass dieses Reglement mit den Lohngehältern überarbeitet werden soll, sodass wir die Möglichkeit haben, die unteren Löhne dementsprechend anzupassen und die obersten Saläre dementsprechend nicht mehr anzupassen.

Seite 104 + 105 Stellenplan 2024, 1 Öffentliche Ordnung & Sicherheit, Abteilung Einwohnerkontrolle

Christen Peter, SVP: Ein unbeliebtes Thema, welches wir dennoch ansprechen. Der Entscheid vom Bericht und Antrag 15079 vom September 2023 ist zu revidieren und keine zusätzliche 120 Stellenprozente sind zu genehmigen. Sind zum aktuellen Zeitpunkt bereits gegenseitig unterzeichnete Stellenverträge vorhanden, ist bei einer allfälligen Kündigung oder Pension im Jahr 2024 diese wegfallenden Stellen nicht zu ersetzen, bis insgesamt 120 Stellenprozente eingespart werden. Dies im Sinne eines Stellenmatoriums. Das bedeutet, dass wenn es für diese 120 Stellenprozente bereits einen unterschriebenen Vertrag gibt, dann bleiben sie, ansonsten werden diese bei Kündigungen wieder retour buchstabiert.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich nehme im Grundsatz gleich zu allen diesen Anträgen Stellung. Der Einwohnerrat hat anlässlich der September-Sitzung alle diese Stellen genehmigt. Das heisst, man ist eine Verpflichtung eingegangen und dementsprechend ist es eine gemeindeeigene gebundene Ausgabe, welche man beschliessen hat. Sie können somit nicht einfach im Rahmen der Budgetdebatte eine solche Position wieder streichen. Ansonsten wird dies zur Farce. Es geht um jegliche Verpflichtungen, welche im Vorfeld an einer Einwohnerratssitzung beschliessen worden sind. Wenn Sie einen solchen Antrag umsetzen möchten, dann müssten Sie eine Motion mit der entsprechende Antragsstellung einreichen, damit man darüber auch konkret diskutieren kann. Der im Vorfeld eingeholte Verpflichtungskredit dient dazu, Planungssicherheit zu erhalten. Den Weg, welchen Sie gehen wollen, ist nicht zulässig. Jede Verpflichtung und jeder Antrag, welchen wir dem Einwohnerrat stellen, werden zur Farce.

Selbst wenn Sie dem Antrag zustimmen, wird dies keinerlei Auswirkungen auf das Budget 2024 haben. Alle bewilligten Stellen wurden besetzt und die Verträge sind unterschrieben.

Nachdem der Antrag seitens der SVP eingereicht wurde, haben wir dies auch noch bei der Gemeindeabteilung des Kantons Aargau abgeklärt. Dieser ist nicht legitim. Ob diese Stellen notwendig sind oder nicht, haben wir an der vorletzten Einwohnerratssitzung zur Genüge getan und die Mehrheit des Einwohnerrates hat den Stellen zugestimmt. Ich bitte Sie den Antrag zurückzuziehen. Sollte er aufrechterhalten werden, dann bitte ich Sie ihn abzulehnen.

Christen Peter, SVP: Unter diesen Voraussetzungen ziehen wir den Antrag zurück. Ebenso die Folgenden, welche in dieselbe Richtung zielen. Wir werden uns allerdings vorbehalten, entsprechende Wege und Mittel zu finden, dieser permanenten Stellenetatvergrößerung entgegenzuwirken.

Volksabstimmung Budget 2024

Lütolf Harry, Die Mitte: Ich nehme an, dass nach der Abstimmung über den Steuerfuss die Einwohnerrats-sitzung beendet wird. Aus diesem Grund möchte ich vorgelagert noch etwas platzieren. Wir können davon ausgehen, dass eine Volksabstimmung stattfinden wird. Ich gehe davon aus, dass eine Mehrheit das Budget, mit welchem Steuerfuss auch immer, genehmigen wird. Der Steuerfuss wird aber sicher über 113% liegen, das heisst, es gibt eine obligatorische Volksabstimmung. Jetzt die Gretchenfrage, wann wird diese durchgeführt? Ich habe im Vorfeld Abklärungen getätigt, ob die Möglichkeit besteht, diese Abstimmung vorzuziehen, denn es hiess, dass diese erst am 3. März 2024 stattfinden soll. Ich persönlich und auch meine Partei sind der Ansicht, dass dies zu spät ist. Unsere Abklärungen waren dahingehend zu prüfen, ob sie nicht schon im Januar stattfinden könnte. Das würde bedeuten, es gäbe dann zwei Volksabstim-mungen. Eine Volksabstimmung kostet die Gemeinde in etwa CHF 15'000. Das ist wieder Geld, das aus-gegeben werden muss, aber wir möchten dem Gemeinderat beliebt machen, diese Volksabstimmung auf den Januar 2024 vorzuziehen und das Budget nicht erst im März zur Abstimmung zu bringen. Einerseits erhält man schneller Klarheit darüber was Sache ist und es gibt sicher Bürgerinnen und Bürger, welche sich ärgern, dass die Gemeinde zwei Monate lang Ausgaben ohne bewilligtes Budget tätigt. Die Notaus-gaben können getätigt werden, aber es ist grundsätzlich ärgerlich. Umso ärgerlicher, sollte dann im März noch ein Nein resultieren, denn dann geht das Budget nämlich noch zur Beschlussfassung nach Aarau. Die Antwort des Regierungsrates erhält man dann so etwa im Mai 2024. Das Ganze kann um mindestens einen Monat beschleunigt werden. Das wäre unsere Idee und ich hätte seitens des Gemeinderates gerne eine Stellungnahme dazu.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Der Gemeinderat hat ein Interesse daran, diese Abstimmung so schnell wie möglich durchzuführen. Wir haben geschaut, dass dies so machbar ist. Es ist mit sehr vielen Terminzwängen verbunden. Das Resultat der heutigen Sitzung muss verarbeitet werden, aber aufgrund der angenommenen Änderungsanträge sollte dies machbar sein. Wir können in Aussicht stellen, dass am 28. Januar 2024 die Volksabstimmung über das Budget 2024 stattfinden kann. Die Betonung liegt darauf, wenn alles richtig läuft. Wir haben einen derart engen Zeitplan, dass es keinerlei Verzögerungen zu ertra-gen vermag. Wir versuchen das Beste, dass wir möglichst schnell das Thema abschliessen können.

Steuerfuss

Stäger Dieter, FDP/Dorfteil Anglikon/Die Mitte: Auch wenn der eine oder andere Antrag heute Abend ab-gelehnt worden ist. Wir befinden uns nicht ganz auf dem Sparziel, welches wir avisiert hatten. Trotzdem beantragen unsere Fraktionen FDP, Dorfteil Anglikon und Die Mitte, eine Steuerfuss von 116%. Der Antrag lautet konkret: Das Budget 2024 sei mit den beschlossenen Änderungen und einem Steuerfuss von 116% zu genehmigen. Wir wissen natürlich, dass das Defizit weiterhin bestehen bleibt, aber mit diesem Defizit kann man auch – wenn man unseren Bilanzüberschuss anschaut – noch eine Weile leben. Beim viel be-schworenen Haushaltsgleichgewicht handelt es sich um eine Kennzahl, welche dem Kanton wichtig ist. Das ist für den Kanton eine Art Frühwarnsystem, um zu überwachen, dass es bei einer Gemeinde nicht komplett aus dem Ruder läuft. Wir können problemlos einige Jahre leben, obschon das Haushaltsgleich-gewicht nicht so gut aussieht. Wir haben genügend Bilanzüberschüsse, um einige Jahre Defizite schreiben zu können. Unser Anliegen ist es, dass das Budget vor dem Volk wirklich Bestand hat. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass das Volk in Wohlen in erster Linie einfach einmal Nein sagt. Darum ist es uns sehr wichtig, dass wir mit einem Steuerfuss vor das Volk treten, der gewisse Erfolgsaussichten ver-spricht. Es ist wirklich zu befürchten, dass wenn wir mit einem Steuerfuss von 120% oder nur schon mit 118% kommen, dass das Volk dies ablehnt und das Budget 2024 dann beim Kanton landet. Das wollen wir alle zusammen wohl nicht, denn das Verfahren dauert lange und es dürften zum Beispiel keine Lohnerhö-hungen gesprochen werden. Aus diesem Grund bitten wir Sie einem Steuerfuss von 116% zuzustimmen.

Christen Peter, SVP: Ich möchte feststellen, dass die SVP einen Schritt in den Konsens gemacht hat. Wenn es nach uns ginge, dann wäre der Steuerfuss 115% oder sogar 113% gewesen. Sollte der Steuerfuss von 116% angenommen werden, dass dann auch der Finanzplan bei 116% liegt. Es geht nicht, dass man vorliegend das Budget mit einem Steuerfuss von 116% annimmt und man dann dasselbe Spiel erneut hat. Wir müssen mit einem tieferen Steuerfuss vor das Volk und das können wir nicht hinausschieben, sondern

müssen es permanent machen. Ansonsten landen wir einfach ein Jahr später in Aarau. Ich bitte Sie, dies zu bedenken.

Strasser Denise, Gemeinderätin: Wie ich es bereits gesagt habe, sieht die finanzielle Situation nicht gut aus. Hier betrachten wir nicht nur das Budgetjahr 2024, sondern schauen auch die kommenden Jahre an. Für das Budget 2025 ist jetzt schon klar, dass 116% nicht ausreichen werden und der Gemeinderat mit einer weiteren Steuerfusserhöhung kommen muss. Es gab heute Einsparungen von etwa CHF 380'000. Das bedeutet, dass es bei einem Steuerfuss von 116% einen Aufwandüberschuss von CHF 1,6 Mio. gibt. Bei Steuerfuss von 118% wären es CHF 1 Mio. und bei dem von uns geforderten Steuerfuss von 120% wären es noch ein Aufwandüberschuss von CHF 400'000. Der Gemeinderat wird natürlich weiterhin an einer Steuerfusserhöhung von 120% festhalten. Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung.

Schmid Patrick, Grüne: Wir haben nun mit Mühe und Not 1,5 Steuerprozent nach unten gezwungen. Teilweise handelt es sich um Kürzungen, welche allenfalls gar nicht eingehalten werden können. Ich finde es absolut unvernünftig, weitere Schulden in Kauf zu nehmen. Ich schliesse mich dem Antrag des Gemeinderates mit einem Steuerfuss von 120% an.

Parvex Olivier, GLP/EVP: Der Steuerfussbasar ist eröffnet. Wir wollen an dieser Stelle einen Kompromissvorschlag machen. Derzeit gibt es die Anträge für 116% und 120%, einigen wir uns doch auf einen Steuerfuss von 118%. Wir beantragen somit einen Steuerfuss von 118%. Probieren wir doch geschlossen in diese Abstimmung zu gehen und einigen uns auf 118%, dann bewegen sich alle etwas und wir bekommen eine Chance.

Donat Ruedi, Die Mitte: Sie müssen sich hier im Rat die Frage stellen, ob wir das Budget nach Aarau schicken sollen oder, ob wir die kleine Chance haben möchten, dass die Bevölkerung Ja zum Budget 2024 sagt. Wenn wir diese Chance wahrnehmen möchten, dann müssen wir dem Budget mit einem Steuerfuss von 116% zustimmen. Dann haben wir eventuell eine kleine Chance. Wenn wir das nicht machen, dann bin ich davon überzeugt, dass der Regierungsrat unser Budget handeln wird und das ist vielleicht auch das Ziel des Gemeinderates, wenn er auf einem Steuerfuss von 120% beharrt. Der Gemeinderat hat vielleicht das Ziel, dass der Regierungsrat auf den Steuerfuss von 120% einschenkt oder sogar noch höher.

Meier Valentin, SP: Ich glaube es ist keine grosse Überraschung, dass sich die SP nicht gross bewegen wird. Für uns ist es nicht verantwortungsvoll von einem Steuerfuss von 116% zu sprechen mit einem Aufwandüberschuss von CHF 1.6 Mio. Auch bei einem Steuerfuss von 120% fehlt immer noch Geld. Auf die Idee zu kommen, den Steuerfuss noch zu senken, ist für mich einfach nicht logisch.

Heinrich Daniel, Die Mitte: Vor rund sechs Wochen habe ich meiner Partei gesagt, wir haben nur noch eine kleine Chance, wenn der Einwohnerrat ein Signal sendet. Bis jetzt hat sich die SVP jedes Mal geweigert mitzumachen. Ich habe den Kontakt mit der SVP und der FDP gesucht. Diese Parteien müssen wir im selben Boot haben. Die GLP, die Grünen und die SP brauchen wir auch. Machen wir doch alle Nägel mit Köpfen und beschliessen einen Steuerfuss von 116%. Ich bitte Sie dem zuzustimmen, denn ein Steuerfuss von 118% hat vor dem Volk keine Chance. Wenn wir uns allerdings geschlossen für einen Steuerfuss mit 116% aussprechen, dann besteht eine kleine Chance das Volk zu überzeugen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich möchte nur festhalten, dass der Gemeinderat Wohlens kein Interesse daran hat, nicht selbst über das Budget zu befinden. Diese Vermutung möchte ich aus der Welt schaffen. Wir haben betreffend der Verschuldung eine langfristige Verantwortung. Sämtliche Defizite, welche wir heute haben, verzinsen wir auch in den nächsten Jahren bzw. Jahrzehnten. Dies ist auch der Grund, weshalb Ihnen der Gemeinderat einen Steuerfuss von 120% vorschlagen muss, weil wir das auch in Zukunft brauchen werden. Ich möchte daran erinnern, dass diese Verantwortung sowohl vom Gemeinderat, wie auch vom Einwohnerrat getragen werden muss. Dies entspricht vielleicht manchmal nicht den parteipolitischen Wünschen. Ich bitte Sie dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Abstimmung

Die Anträge der FDP/Die Mitte (116%) und der GLP (118%) werden einander gegenübergestellt.

Antrag FDP/Die Mitte (116%):	22 Stimmen
Antrag GLP (118%):	16 Stimmen

Der Antrag der FDP/Die Mitte (116%) obsiegt und wird dem gemeinderätlichen Antrag gegenübergestellt (120%):

Antrag FDP/Die Mitte (116%):	25 Stimmen
Antrag Gemeinderat (120%):	12 Stimmen
Enthaltungen	1 Stimme

Der Antrag der FDP/Die Mitte obsiegt.

Genehmigung des Budget 2024 der Einwohnergemeinde Wohlen AG mit einem Steuerfuss von 116%.

Abstimmung

Das Budgets 2024 der Einwohnergemeinde Wohlen AG mit einem Steuerfuss von 116%

wird mit 30 Ja-Stimmen zu 8 Nein-Stimmen angenommen.

Verdankungen Präsident FGPK

Meier Cyrille, Präsident: Simon Sax wird den Einwohnerrat per 31. Dezember 2023 verlassen. Dies bedeutet auch gleichzeitig aus der FGPK.

Verliest das Rücktrittsschreiben von Simon Sax, GLP.

Ich danke Dir ganz herzlichst für dein politisches Engagement. An dir schätzte ich, dass du in deinen Voten jeweils pragmatisch die Meinung bekanntgeben konntest. Und wenn du gegenüber einem politischen Gegner oder einer Gegnerin deine Meinung gesagt hast, dann hast du dies clever in deinem Votum verpackt. Mit dir geht weitere wertvolle Erfahrung verloren in diesem Rat, doch ich kann es persönlich nachvollziehen, dass man irgendwann einen Schlusstrich ziehen möchte.

Verdankungen Stimmenzähler

Meier Cyrille, Präsident: Ich danke Julia Frischknecht und Samuel Keller für ihr Engagement. Sie haben dies hervorragend gemacht und dem Amt als Stimmenzähler Würde verliehen.

Verdankungen Vizepräsident

Meier Cyrille, Präsident: Ich danke Marc Läufer, welcher heute zum Einwohnerratspräsident gewählt worden ist, für sein Engagement. Ich danke für die Zusammenarbeit im Ratsbüro. Ich hoffe, du konntest etwas von mir abschauen.

Verabschiedung Präsident

Der Samichlaus betritt den Saal. Zusammen mit dem Vizepräsidenten Marc Läufer verabschiedet er den Einwohnerratspräsidenten Cyrille Meier.

Meier Cyrille, Präsident: Nun ist es so weit, die letzte Sitzung meiner Amtsperiode neigt sich dem Ende zu. Mit Demut bin ich in das Amt als Einwohnerratspräsident gestartet und mit Wehmut werde ich es tatsächlich auch verlassen.

Doch bevor ich meine Gedanken allgemein zum Besten gebe, möchte ich mich an erster Stelle bei der Kanzlei und ihrer grossartigen Arbeit bedanken. Ohne euch hätte ich die Einwohnerratssitzungen niemals gut vorbereiten können. Weiterhin möchte ich mich bei meiner Fraktion SP Wohlen bedanken. Mir werden bestimmt die guten und hochstehenden Diskussionen innerhalb der Fraktion fehlen. Ganz am Schluss möchte ich mich auch beim Gesamteinwohnerrat bedanken. Schliesslich haben mir die allermeisten ihr Vertrauen vor zwei Jahren geschenkt und mir die Möglichkeit gegeben, dass ich für zwei Jahre die Einwohnerratssitzungen leiten durfte. Ich hoffe, dass die Leitung meinerseits einigermassen erträglich war.

Apropos Leitung: Ich habe mir im Januar 2022 folgende vier Ziele gesetzt, die ich während meiner Amtszeit im Einwohnerrat erreichen wollte:

1. Wir erscheinen – so weit wie möglich – pünktlich an den Einwohnerratssitzungen. – Da war der Einwohnerrat mit grosser Mehrheit vorbildlich unterwegs. Ich meinerseits auch, obwohl ich laut Meinung der Kanzlei eher knapp zu den 18.00 Uhr-Sitzungen erschien.
2. Wir leben eine Mentalität vor, welche von gegenseitigem Respekt und dem Zuhören geprägt ist, und akzeptieren andere Meinungen. Über alle Sitzungen hinweggesehen, hat das Parlament hier das Ziel erreicht.
3. Wir halten unsere Voten sachlich und kommen mit unserer jeweiligen Parteiposition aber auch auf den Punkt. Da gab es einige Voten, die nach meinem Ermessen zu wenig schnell auf den Punkt gekommen sind. Da gab es Ausschweifungen, ablesen von Zeitungsberichten oder Themenvermischungen, die wenig zielführend waren. Hier erkenne ich ein knapp erreicht. Ich persönlich hätte wohl bei einigen Voten früher unterbrechen sollen, muss aber erwähnen, dass es schwierig ist, dabei den richtigen Moment zu treffen. Auch wollte ich mir den Vorwurf der Zensur nicht gefallen lassen.

4. Die Parteien beteiligen sich vor den Sitzungen aktiv in den jeweiligen Kommissionen und Spiegelgruppen, damit die vorliegenden Geschäfte in den darauffolgenden Einwohnerratssitzungen speditiv behandelt werden können. – Bis auf eine Partei haben sich die anderen konstruktiv in den verschiedenen Kommissionen oder Treffen eingebracht und haben nicht die Zusammenarbeit verweigert und einfach nur nein gesagt. Deswegen ein Ziel erreicht.

Ich komme endlich zu meinen Gedanken: Die Präsenz von mir im Einwohnerrat ist nun bald Vergangenheit, doch was wünsche ich mir in der Zukunft für den Einwohnerrat?

Nun, in den letzten zwei Jahren wurden rekordverdächtige Vorstösse aus den Reihen des Einwohnerrates eingereicht, dies betrifft die Anzahl, nicht unbedingt Qualität. Teilweise fragte ich mich schon, weshalb diese Vorstösse zum Teil immer das gleiche Thema behandelten, zum Teil auch schlecht recherchiert waren und manchmal sogar die Kompetenzen des Einwohnerrates hätten beschnitten werden sollen. Da müssen sich die betroffenen Personen fragen, ob sie tatsächlich zum Wohle von Wohlen Vorstösse einreichen oder ob es ihnen bloss um ihr Ego geht.

Passend zur heutigen Budgetsitzung machte ich mir auch Gedanken zu den Finanzen. Die Gemeinde Wohlen gleist laut Finanzplan viele Projekte auf, befinden sich in der Umsetzung oder wurden kürzlich realisiert. Dies drückt folglich auf die Finanzen und die Verschuldung steigt.

Der Investitionsstau aus den letzten Jahren muss jedoch gelöst werden und das Wachstum der Gemeinde provoziert zusätzlich wieder neue Investitionen in unsere Infrastruktur. Dennoch betrachte ich es als kritisch, wenn wir Sanierungen betreffend Liegenschaften oder bestehende Strassen auf die lange Bank schieben. Gespart hat man dabei nichts, eher wird man die Gemeindekasse in der Zukunft mehr belasten (Stichwort Teuerung oder zusätzliche Schäden). Meine Vermutung ist, dass die Gemeindefinanzen in fünf bis zehn Jahren nicht besser sein werden, da auch Faktoren wie die zuletzt angenommene Steuergesetzrevision sowie die Pflegefinanzierung auf die Gemeindefinanzen auswirken werden. Da hilft auch ein zu tief angesetzter Steuerfuss wenig. Übrigens Steuerfuss: da hört man zum Teil Aussagen, dass der Steuerfuss das Ende für viele bedeutet. Ganz nebenbei hatte Wohlen zu Beginn der 50er-Jahre einen Steuerfuss von 135% gehabt, bis Ende der 70er-Jahre 130%. Dies war verbunden mit grossen Investitionen dazumal. Blicken wir hier in die Vergangenheit und lernen etwas für die Zukunft von Wohlen.

Gerne erinnere ich den Einwohnerrat, dass man betreffend Gemeindepersonal Acht geben sollte. Da der Arbeitsmarkt in vielen Bereichen ausgetrocknet ist, wird es in Zukunft schwierig werden, genügend geeignetes Personal zu finden, so dass die Verwaltung richtig funktionieren kann. Hier soll man sich zweimal überlegen, was man im Votum über das Personal sagt.

Genug besserwisserische Anekdoten angereicht, das klingt ja schon wie in einer Schulklasse. Ich komme noch zum Positiven bezüglich dem Einwohnerrat.

Ich bin euch dankbar, dass ihr eure Zeit sowie Knowhow für den Einwohnerrat und dementsprechend für unsere Gemeinde zur Verfügung stellt. Ihr seid als Volksvertreter gewählt worden und habt dadurch das Vertrauen der Stimmbevölkerung erhalten. Ihr habt die Oberaufsicht über die Gemeindeverwaltung. Ihr fasst Beschlüsse und bestimmt das Budget, Steuerfuss, Reglemente, etc. Nehmt eure Verantwortung wahr, aber solltet sich auch übernehmen. In diesem Sinne wünsche ich euch weiterhin viel Geduld, Freude und Übersicht im Einwohnerrat und dass ihr respektvoll miteinander umgeht. Sowie wünsche ich mir, dass die Zusammenarbeit zwischen Legislative und Exekutive wieder weniger verhärtet sein wird. Nur zusammen bringt ihr Wohlen vorwärts.

Jetzt noch zu dir, Marc. Du wirst bald das Amt des Einwohnerratspräsidenten antreten. Was ich dir auf den Weg mitgeben möchte, ist, dass du einfach Freude in den nächsten zwei Jahren haben solltest. Auch wenn dir etwas nicht gelingen sollte bei einer Einwohnerratssitzung, macht dir keine Sorgen, die anderen im Rat machen auch einmal ein Fehler.

Meier Cyrille, Präsident: Die nächste Sitzung findet am 11. März 2024 statt, Sitzungsbeginn ist voraussichtlich um 18.00 Uhr.

Ich danke allen für die konstruktive Mitarbeit und erkläre die Sitzung für geschlossen.

Für das Protokoll



Cyrille Meier
Präsident



Michelle Hunziker
Aktuarin